



# Saar-Freund

Nachrichten  
aus dem  
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet  
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 18  
3. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreislifte Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Lützow 3249. — Bezugspreis vierteljährlich M. 6.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer M. 2.— einschließlich ortsüblichen Teuerungszufchlages.

Berlin

15. Septemb. 1922

## Der Volksentscheid im Saargebiet.

Von Werner Pardoll.

„... Wenn aber die Kandidaten Deutschlands siegen ...?“

Täglich ergibt sich deutlicher, daß die Wahlen zum Landesrat im Saargebiet außerhalb des Landes eine viel größere Beachtung gefunden haben, als man erwarten konnte. Der Ausgang der Wahlen läßt keinen Zweifel darüber, daß eigentlich das gesamte deutsche Saarpolk sich für Deutschland entschieden hat, dadurch, daß es die Kandidaten unterstützte, die die Gewähr für eine deutsche Politik im Saargebiet geben. Die zwei Personen, die auf den Rücken der Französlinge in das sogenannte Saarparlament hineingehüpft sind, ändern an dieser Tatsache nichts. Sie werden im Landesrat eine Rolle auch nicht spielen können, da der Teil der deutschen Wähler, die lediglich aus eigenen wirtschaftlichen Interessen für sie eintreten, sich niemals für einen Anschluß an Frankreich erklären würden. So bedeutet also das Wahlergebnis der Landesratswahlen ein überwältigender deutscher Sieg.

Diese Tatsache hat in Frankreich große Beunruhigung hervorgerufen. Der Vorsitzende der Finanzkommission der Kammer, Abg. Dariac, faßte seinen Eindruck über das Ergebnis der Landesratswahlen in einem Schreiben an Poincaré zusammen, in welchem er die Wahlen zum Landesrat mit einer Volksabstimmung unter der Parole: „Nie Deutschland — Nie Frankreich“ vergleicht, die mit einem überwältigenden Sieg zu Deutschlands Gunsten ausgefallen sei. Er machte dem französischen Ministerpräsident gleichsam Vorwürfe darüber, daß er diese Abstimmung zugelassen habe, da sie von den bedenklichsten Nebenerscheinungen begleitet sein müßte. Er meint, hier handele es sich nur um ein gefährliches Experiment. „Wenn die Volksabstimmung gut ausfällt, welch' ein Erfolg; wenn aber die Kandidaten Deutschlands siegen — welche Enttäuschung. Das ist leider eingetroffen, wir sind auf einen Hieb geschlagen worden.“

Dieser geradezu leidenschaftliche Ausdruck Dariacs über das Fiasko der französischen Propaganda im Saargebiet beleuchtet grell die Situation. Man muß sich erinnern, daß Loucheur gelegentlich seiner Anwesenheit in Saarbrücken den Präsidenten der Völkerbundskommission, den Franzosen Rault, daran erinnerte, was Frankreich von ihm erwarte. Welcher Art diese Erwartungen sind, bedarf keiner Erläuterungen. Herr Rault hat zweifellos Herrn Loucheur beruhigt und ihm unter Hinweis auf die enge Zusammenarbeit mit der französischen Propagandastelle für das Saargebiet versichert, daß die französische Politik im Saargebiet gute Fortschritte zu verzeichnen habe.

Inzwischen verlangte die Bevölkerung stürmisch Sicherung ihrer Rechte und Wohlfahrt, Mitbestimmung am

eigenen Geschick. Monatelang hat man in Saarbrücken, Paris und Genf diese berechtigten Wünsche unberücksichtigt gelassen und dabei den Bestimmungen des Versailler Diktats über das Saargebiet die Auslegung gegeben, daß angeblich eine Volksvertretung für das Saargebiet nicht zulässig sei. Als aber die fortgesetzte Nichtachtung der Forderungen der Bevölkerung des Saargebietes sich geradezu zu einem Skandal auswuchs, legte man in Paris die Grundgedanken für eine sogenannte Volksvertretung, den Landesrat, fest, nachdem Herr Rault abermals die beruhigende Erklärung abgegeben hatte, daß es für die französische Sache im Saargebiet gut stehe und durch die Wahlen zum Landesrat keine Gefahren für die französische Politik im Saargebiet entstehen würden. Herr Rault, der sich mit den wirklichen Verhältnissen im Saargebiet persönlich sehr wenig beschäftigt, und sich bei der Beurteilung der Lage im Saargebiet einzig und allein auf seine Sekretäre und Agenten verläßt, ist deren Situationsberichten über die Stimmung in der Bevölkerung genau so zum Opfer gefallen, wie seinerzeit General Andlauer ein Opfer der Berichte seiner Ortskommandanten wurde, die die Aufgabe von Spionage- und Spitzelagenten zu versehen hatten. Herr Rault erklärte in Paris, der größte Teil der Saargebietsbevölkerung ist französisch orientiert und eine Wahl zum Landesrat unter genügend Sicherungen durch eine Wahlordnung würde einen Sieg Frankreichs schon ergeben. Es kam anders. Trotz der Millionen und aber Millionen, die Frankreich für seine Propaganda im Saargebiet ausgeworfen hat, trotz der Tätigkeit der völlig französisch orientierten Saarregierung zur wirtschaftlichen und politischen Umstellung des Saargebiets, erklärte sich die wahlberechtigte Bevölkerung mit 99 Prozent für die deutsche Listen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Listen der politischen Parteien nicht restlos alle Wahlberechtigten des Saargebietes umfaßten, so daß ein großer Teil nicht wählte. Wäre bei der Wahl die Einheitsparole ausgegeben worden „Für Deutschland oder für Frankreich“, so wäre auch der letzte Mann zur Wahlurne gegangen, um für Deutschland seine Stimme abzugeben.

Man muß es Herrn Dariac lassen, er hat das Ergebnis der Wahl richtig eingeschätzt. Es handelt sich wirklich nicht um die Wahl zu dem an sich von der Bevölkerung einstimmig abgelehnten Landesrat, es handelt sich um einen Volksentscheid, um einen Protest gegen die französische Politik im Saargebiet. Die Bevölkerung des Saargebiets hat zum Ausdruck gebracht, daß alle Behauptungen, im Saargebiet wohnten 150 000 Franzosen, wohnte eine Bevölkerung mit

französischen Sympathien, Lügen sind. Sie hat zum Ausdruck gebracht, daß die Regelung, die das Versailler Diktat für das Saargebiet getroffen hat, eine Vergewaltigung eines Volkes, eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker darstellt. Es ist ein Verbrechen in fortgesetzter Handlung, wenn der Völkerbund auf diesen Volksentscheid der Bevölkerung des Landes nicht Rücksicht nimmt, das seinem besonderen Schutze unterstellt wurde. Die ganze wirtschaftliche und politische Entwicklung, die tatsächlichen Verhältnisse, mußten den Völkerbund veranlassen, die abschnürenden Bestimmungen über das Saarbedengebiet abzuändern, die Zollgrenze aufzuheben, die landfremden Personen, die sich in die Verwaltungsstellen des Saargebiets hineingedrängt haben, des Landes zu verweisen und das Saargebiet verwaltungstechnisch Deutschland wieder zu unterstellen. Wenn der Völkerbund zu einer solchen Entscheidung käme, dann würde er seine Aufgabe als oberste neutrale Instanz in allen Völkerstreitigkeiten und als Hüter des Selbstbestimmungsrechts der Völker erfüllen. Wenn er aber, wie es von Dariau in seinem Schreiben an Poincaré verlangt wird, zuläßt, daß die französische Politik sich noch aktiver als bisher im Saargebiet betätigt, wenn er zuläßt, daß die Völkerbundscommission im Saargebiet gegen den Willen der Bevöl-

kerung regiert und auf die Wünsche und Forderungen der Bevölkerung keine Rücksicht nimmt, dann liefert er den Beweis, daß er sich mit Vorbedacht gegen seine eigenen Grundsätze wendet und damit seine Existenzberechtigung verliert.

Durch die Abstimmung der Saarbevölkerung gelegentlich der Wahlen zum Landesrat hat die Bevölkerung freimütig ihren Willen zum Ausdruck gebracht hat erklärt, wohin ihr Herz schlägt und welches ihr Vaterland ist: Deutschland. Wenn trotzdem an der Bestimmung des Versailler Diktats festgehalten wird, im Jahre 1935 über die Ansicht der Bevölkerung abstimmen zu lassen, so bringt man damit zum Ausdruck, daß man Frankreich wirtschaftliche und politische Möglichkeiten an die Hand geben will, diesen heute schon feststehenden Willen der Saargebietsbevölkerung gewaltsam abzuändern. Wahrlich, schlimmer kann man seine Grundsätze nicht verleugnen, als wie es hier der Völkerbund tut, deutlicher als wie hier kann aber auch die Vergewaltigung eines Volkes nicht öffentlich betrieben werden.

Die Abstimmung der Saargebietsbevölkerung 1922 ist die beste Widerlegung der Clemenceau'schen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen, ist der beste Beweis für die völlige Unhaltbarkeit der Forderung einer Abstimmung im Jahre 1935.

## Peinliche Wahrheiten über die Völkerbundstätigkeit im Saargebiet.

Lord Cecils Kritik an dem Völkerbund.

Von Peter Christoph.

In der Sitzung der Völkerbundsversammlung in Genf am 6. September ergriff Lord Robert Cecil das Wort zu einer längeren Rede, in der er, abweichend von den sonstigen Gepflogenheiten der Völkerbundsredner, recht vernünftige Ansichten über den Völkerbund und seine bisherige Tätigkeit äußerte. Er streifte dabei alle die Probleme, die eine gerechte Lösung durch den Völkerbund hätten erfahren müssen, die in Wirklichkeit aber eine Regelung gefunden haben, die jeglichem Rechtsempfinden und jeder Moral ins Gesicht schlägt. Lord Cecil drückte sich sehr diplomatisch und vorsichtig aus. Was er aber über die Behandlung der Saargebietsfrage durch den Völkerbund sagte, war alles andere als schmeichelhaft für die Herren, die ihre Entscheidung allein abhängig machen von der Meinung Frankreichs. Er fragte, ob es angesichts der zahlreichen Proteste aus dem Saargebiet gegen die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission nicht endlich angebracht wäre, wenn der Völkerbund sich einmal mit dieser Frage beschäftigte. Insbesondere befaßte sich Lord Cecil mit der Neubestätigung des saarländischen Mitglieds der Regierungskommission Dr. Hector. — Er sagte hierüber u. a. wörtlich:

„Im Saargebiet befindet sich eine Regierungskommission, die aus fünf Mitgliedern besteht, von denen eines die Interessen der Bewohner des Saarlandes vertritt. Ich will nichts über die Persönlichkeit sagen, aber ich frage mich, ob es nicht wünschenswert gewesen wäre, daß der Völkerbundsrat erst nach Befragen des im Saarbeden bestehenden Landesrats gehandelt hätte. Ich frage mich ebenfalls, ob nicht für den Völkerbundsrat der Augenblick gekommen ist, mit diesem Verwaltungsorgan zusammenzuarbeiten und mit ihm das saarländische Mitglied zu ernennen. Außerdem muß man über einzelne der Schwierigkeiten erkaunt sein, die der Bericht des Rats in der Saarfrage erwähnt.“

Was er sonst noch sagte, war nicht wörtlich, aber buchstäblich das, daß der Völkerbund seine Pflicht in der ganzen Zeit seines Bestehens im Interesse der Völkerverständigung, der Weltfriedensarbeit, des allgemeinen Völkerrechts und der internationalen Gerechtigkeit in keiner Weise erfüllt hat. Seine Ausführungen waren also eine einzige Anklage gegen den Völkerbund, indem er mit ziemlicher Deutlichkeit hervorhob, daß der Völkerbundsrat alle schwebenden Probleme ungelöst läßt und andere Körperschaften daran herumdoctern läßt, bis das Problem zu einer Katastrophe geworden ist. Er ermahnte den Völkerbundsrat, seine Zusammenkünfte endlich einmal dazu zu benutzen, auch wirklich praktische Arbeit zu leisten.

Wie gesagt, drückte sich Lord Cecil in allen Punkten äußerst vorsichtig und diplomatisch aus; dennoch war seinen Worten zu entnehmen, daß er sich mit größter Deutlichkeit gegen gewisse Macht- und Gewaltströmungen in der Welt wandte, die die Völkerbundstätigkeit auf das empfindlichste zur Untätigkeit zwingen. Gerade der Hinweis auf das Saargebiet, wo die unter der Völker-

bundskommission entwickelten Verhältnisse zu einem europäischen Skandal geworden sind, wo die Bestätigung eines Mannes zum Regierungskommissionsmitglied, dem die Fälschung eines amtlichen Dokuments nachgewiesen wurde, jeder Moral und jedem Rechtsempfinden ins Gesicht schlägt, muß vor aller Welt beweisen, daß es allerhöchste Zeit für den Völkerbund ist, endlich einmal den fortgesetzten Rechtsverletzungen und Vertragsbeugungen durch Frankreich energisch entgegenzutreten.

Lord Cecils Ausführungen können dahin zusammengefaßt werden: Es ist eine Entwürdigung des Völkerbundes, wenn er seine Entscheidungen allein abhängig macht von dem Willen und den Forderungen des eroberungslüsternden und gewalttätigen Frankreich.

Wie unangenehm seine offenen Worte von gewissen Leuten empfunden werden, beweist das Auftreten des englischen Vertreters Balfour am folgenden Tage. Was er sagte, konnte die Ausführungen Lord Cecils auch nicht in einem Punkte abschwächen, vielmehr liefen seine Ausführungen letzten Endes nur auf eine Anschuldigung der Saargebietsbevölkerung hinaus, die nicht so denkt und handelt, wie man es in Paris gern sehen würde. Er kritisierte scharf die Propaganda, die im Saargebiet betrieben wurde. Man konnte zunächst zweifelhaft sein, welche Propaganda er meinte. Es stellte sich aber in seinen weiteren Ausführungen heraus, daß er unter Propaganda die Bestrebungen der Saargebietsbevölkerung meinte, die sich der französischen Annexionspolitik entgegenstellt.

Balfour hat es aber unterlassen, gegen die Propaganda zu Felde zu ziehen, die sich vollkommen unberechtigt und bestimmungswidrig, allerdings mit Unterstützung der Saarregierung im Saargebiet breit macht, nämlich die französische Propaganda unter dem französischen Major Richert mit all seinen Spitzel- und Spionagebüros. Diese Propaganda ist die einzige, die im Saargebiet tätig ist, um die Abstimmung im Jahre 1935 zu beeinflussen. Wenn Balfour gegen diese Propaganda kein Wort verloren hat, so beweist er, daß er die Aufgaben des Völkerbundes im Saargebiet noch nicht erkannt hat.

Er vertritt vielmehr die Auffassung der Franzosen, die in der Völkerbundscommission für das Saargebiet ein Verwaltungs- und Propagandaorgan im Interesse Frankreichs erblicken.

Wenn Balfour weiter erklärt, im Saargebiet existiere eine Stelle, die zur Entgegennahme von Beschwerden der Bevölkerung gegen die Regierungskommission eingerichtet wurde, so beweist er damit, daß er falschen Berichten zum Opfer gefallen ist. Eine solche Stelle existiert im Saargebiet nicht. Was die Bevölkerung an Beschwerden gegen die Regierungskommission wegen Nichtbeachtung ihrer Rechte und Wohlfahrt vorzubringen hat, tut sie in öffentlichen Sitzungen der Kreistage, der Stadt- und Gemeindevorstellungen und neuerdings im Landesrat. Die Regierungskommission hat also jederzeit die Möglichkeit, sich mit diesen Beschwerden zu be-

fassen und sie, wenn sie glaubt, daß sie unrichtig seien, an Ort und Stelle zurückzuweisen. Wohl aber besteht im Saargebiet eine Stelle, in der Beschwerden gegen die Bevölkerung und gegen angebliche Eingriffe deutscher Behörden in Saargebietsangelegenheiten fabriziert werden, die der französischen Regierung und dem Völkerbund als Material und zur Irreführung überwiesen werden. Dieser Stelle stehen Herr Richert, Herr Adler und Herr Rollin — alles ehemalige französische Offiziere und spätere Spionageagenten — nicht fern. Wäre die Saarregierung wirklich eine neutrale Völkerbundscommission, dann würde sie diese Stelle längst aufgehoben und die betreffenden Personen aus dem Saargebiet verwiesen haben. Das hat jedoch die Saarregierung nicht getan, vielmehr befinden sich diese drei Herren und einige Duzend andere ähnlicher Qualität in ihren Diensten. Davon hat Herr Balfour in Genf nichts erzählt. Wenn er aber weiter sagte, daß die gegen gewisse Persönlichkeiten erhobenen Proteste unbegründet seien, so genügt wohl zur Kennzeichnung dieser Behauptung der Hinweis, daß die Saargebietsbevölkerung zu 99 % deutsch gesinnt ist und daß diese ihre Pappenheimer kennt. Wenn Herr Balfour etwa bei einer Durchreise durch Saarbrücken gelegentlich eines Diners bei Herrn Präsidenten Rault anders informiert wurde, so wird damit nur unterstrichen, daß 99 : 1 der Bevölkerung die Auffassung Balfour Rault verwirft. Wenn er Herrn Hector, den die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Saarbrücken den „Mißtrauensmann“ nennt, als „ehrenwerten Mann“ bezeichnet, dann entkräftet er dennoch nicht die dokumentarischen Unterlagen der politischen

Parteien des Saargebiets, die Herrn Hector eine glatte Fälschung einer Eingabe nachweisen.

Was Herr Balfour sonst noch zugunsten der Saarregierung und zuungunsten der Saarbevölkerung sagte, ist nicht gerade eine Empfehlung für einen Mann, der einer Völkerinstanz als Mitglied angehört, die sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Recht und Gerechtigkeit zum obersten Grundsatz gesetzt hat. Herr Balfour sollte recht gut bekannt sein, daß die Saargebietsbevölkerung sich nicht einmal oder zweimal mit ihren Beschwerden gegen die Saarregierung an den Völkerbund gewandt hat, sondern daß sie dies reichlich ein Duzendmal tat. Bisher hat der Völkerbundsrat jedoch keine Veranlassung genommen, diese Beschwerden von 700 000 Menschen irgendwie zu berücksichtigen, wenn ein einziger Mann, nämlich Herr Rault, die Beschwerden mit einem einzigen Wort für unberichtigt erklärte. Das sieht nicht nach Demokratie aus. Daß aber Herr Balfour überhaupt Gelegenheit hatte, für das französische Regime im Saargebiet eine Lanze zu brechen, das verdankt er derselben Bevölkerung, die er gern anschwärzen wollte. Herr Balfour hat den Beweis erbracht, daß langsam, sehr langsam der Schrei der Saargebietsbevölkerung nach der Sicherung ihrer Rechte und Wohlfahrt, der Schrei gegen die französische Erdrosselungspolitik, der Schrei nach Demokratie und Mitbestimmung am eigenen Schicksal auch in Genf gehört worden ist. Herr Balfour hat ebenfalls diese Schreie gehört, wenn er sich dabei verhörte, so liegt das nicht an der Bevölkerung, sondern an Herrn Balfour selbst, der gewisse Dinge nicht hören will. Nicht gerade die beste Empfehlung für einen Mann, der politisch eine Rolle spielen will.

## „Doch Hector ist ein ehrenwerter Mann.“

Die Regierungskommission des Saargebiets besteht bekanntlich aus 5 Mitgliedern, dessen eines der Saarbevölkerung entnommen werden muß. Ohne Befragung der Bevölkerung hat der Völkerbund hierfür den Dr. Hector aus Saarlouis ernannt. Von Anbeginn seiner Amtstätigkeit bezeugte man Herrn Hector in der Bevölkerung mit größtem Mißtrauen, ist es doch derselbe Mann, der nach Ausweisung des damaligen Bürgermeisters von Saarlouis von der französischen Militärbehörde an seine Stelle gesetzt wurde, nachdem er vorher zahlreiche Beweise seiner französischen Sympathien gegeben hatte. Es ist derselbe Hector, der seinerzeit die Stadtverordneten von Saarlouis dazu bewegen wollte, unter dem Schutze französischer Bajonette die Erklärung zu beschließen, daß Saarlouis den Anschluß an Frankreich wünsche. Damals ist Dr. med. Hector einer „schlagenden“ Beweisführung über das gerade Gegenteil der Gesinnung der Saarlouiser Bevölkerung nur dadurch entgangen, daß er unter dem besonderen Schutze des französischen Ortskommandanten stand. Die seinerzeit bereits von Paris funkelnden neuen bereitgehaltenen blau-weiß-roten Fahnen konnten daher nicht ausgezogen werden und der geplante Empfang des französischen Generalissimus mußte unterbleiben. Saarlouis verdiente sich damals zum zweitenmal das Lob, das ihm vor langen Jahren bereits durch einen hohen Reichsbeamten gependet wurde, als er von der „Stadt mit dem französischen Namen und dem deutschen Herzen“ sprach.

Der Ausgang dieser Aktion war Herrn Hector nicht gerade angenehm, er wollte sich aber mit der einen Niederlage nicht begnügen und tat ein übriges. Gelegentlich der Vorkriegsverhandlungen beschloß die Stadtverordnetenversammlung von Saarlouis die Abfassung einer Denkschrift, in der durch Vermittlung der Friedenskonferenz der kommenden Regierungskommission nahegelegt werden sollte, sich für die wirtschaftlichen Interessen der Stadt Saarlouis zu interessieren. Die Denkschrift wurde in deutscher Sprache verfaßt und der Wortlaut von der Stadtverordnetenversammlung festgelegt. Wie sich erst jetzt herausgestellt hat, hat Hector in der Uebersetzung der Denkschrift ins Französische dieser eine Fälschung gegeben, die aus den wirtschaftlichen Forderungen der Stadtverordnetenversammlung eine Ergebenheitserklärung für Frankreich gestaltete.

Diese Ungeheuerlichkeit, die im normalen Rechtsleben den Herrn Hector unter die Anklage der Fälschung einer öffentlichen Urkunde gebracht hatte, hat die politischen Parteien des Saargebiets veranlaßt, sich mit einer Denkschrift an den Völkerbund zu wenden, in der unter Darlegung des Sachverhalts und unter Beifügung der betreffenden dokumentarischen Unterlagen um Abberufung des Dr. Hector als Mitglied der Saarregierung gebeten wurde. Die Denkschrift der politischen Parteien hat folgenden Wortlaut:

„Die politischen Parteien des Saargebietes und 26 von den 30 Mitgliedern des Landesrates haben unter dem 24. Juli

1922 die Bitte an den Völkerbundsrat gerichtet, bei der bevorstehenden Erneuerung des Mandates des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission Herrn Dr. Hector nicht mehr mit diesem Amte zu betrauen. Sie haben gebeten, das saarländische Mitglied der Regierungskommission entweder aus allgemeinen Wahlen hervorgehen zu lassen, oder, falls hierzu die Zeit nicht ausreichen sollte, dasselbe auf Vorschlag des Landesrats zu ernennen. In Ergänzung dieser Eingabe erlauben sie sich folgendes auszuführen:

Unter den vielen Gründen, die Herrn Dr. Hector um das Vertrauen der Bevölkerung gebracht haben, ist einer, daß er in der Stadt Saarlouis eine ganze Reihe von Handlungen begangen hat, die ihn dort unmöglich machen. So wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 28. Juni 1919 unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Hector eine von ihm vorgelegte Denkschrift verlesen, gerichtet an die noch nicht bestehende Regierungskommission durch Vermittlung der Friedenskonferenz in Versailles. Diese Denkschrift wurde in französischer Uebersetzung an die französische Regierung weitergereicht. Diese französische Denkschrift ist in jeder Hinsicht tendenziös abgefaßt. Die deutsche Denkschrift, wie sie von den Stadtverordneten gebilligt wurde, hatte den Zweck, unter den gegebenen neuen Verhältnissen, wie sie durch den Vertrag von Versailles nach seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Weimar auch für das Saargebiet feststanden, für die Stadt Saarlouis die Erfüllung einer Reihe von wirtschaftlichen Wünschen zu erbitten, wie Verlegung des Sitzes der Regierungskommission und des Obersten Gerichtshofes nach Saarlouis, Aufrechterhaltung von Saarlouis als Garnisonort, wenn überhaupt Militär im Saargebiet sein sollte usw. Diese rein wirtschaftlich gehaltene Schrift der Stadt Saarlouis macht die französische Uebersetzung durch Weglassungen und Hinzufügungen zu einer Erklärung, daß Saarlouis getreu seiner französischen Vergangenheit sei und daß es dem Adressaten, in diesem Falle also Frankreich, seine Treue und Loyalität versichert, daß es sich über die preußische Staatseisenbahnverwaltung beschwert, — kurzum, die Uebersetzung fälscht die deutsche Eingabe in eine Loyalitätserklärung für Frankreich. Auf diese Weise wurde ebensosehr die Bevölkerung des Saargebiets wie die französische Regierung getäuscht. Ersterer legte man ein harmloses Schriftstück vor, das allerhand Wünsche in wirtschaftlicher Hinsicht aussprach, während die französische Uebersetzung eine politische Ergebenheitsadresse war, die die Stadtverordneten niemals gebilligt haben würden. Der französischen Regierung aber übergab man eine Ergebenheitsadresse, die mit dem wirklichen Geiste der Bevölkerung nichts zu tun hatte.

Nachstehend eine Gegenüberstellung der beiden Denkschriften in deutsch und französisch.

Wir geben aus der Denkschrift nur diese Stellen wieder, aus denen sich durch Gegenüberstellung der beiden Texte die Fälschung Hectors ergibt.

#### Deutscher Text.

Die Gründung der Stadt und Festung Saarlouis fällt in das Jahr 1680 und geschah durch Ludwig XIV., dessen vergoldete Initialen L. B. noch heute in dem Balkongitter der Kommandantur zu sehen sind. Sie sollte in dem unvermeidlichen, im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts den europäischen Frieden immerfort bedrohenden Entscheidungsschlampf zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche in Verbindung mit Longwy, Landau, Pfalzburg usw. eine befestigte Vorpostenlinie bilden, die in direkter Verbindung mit Metz den Nordosten Frankreichs gegen jedes feindliche Eindringen schützen sollte. Ueber ein Jahrhundert hat Saarlouis in der vordersten französischen Verteidigungslinie gestanden, bis es 1815 preussisch wurde. Vorher Frankreichs Schutz gegen Deutschland, erfüllte es von da an, der unentrinnbaren Entscheidung des historischen Schicksals folgend, die umgekehrte Aufgabe. Nach dem Gewinn von Metz durch das Deutsche Reich im Jahre 1871 war Saarlouis als Festung für Preußen entbehrlich geworden. Aus diesen veränderten Verhältnissen ging im Jahre 1889 der Entschluß der preussischen Militärverwaltung hervor, Saarlouis als Festung aufzugeben. Seitdem hatte Saarlouis im Dienste der Landesverteidigung des Deutschen Reiches als Garnison seine Bedeutung, die durch den jähen militärischen Zusammenbruch Deutschlands im November 1918 aus seiner Geschichte weggelöscht wurde. Die Friedenskonferenz zu Versailles hat einen neutralen Saarstaat geschaffen, zu dem auch Saarlouis gehört. Saarlouis' leitende Männer, seine gesamte Bürgerschaft stehen in aufrichtiger Loyalität und in starkem Vertrauen auf eine politisch und wirtschaftlich glückliche Zukunft ihres neuen Heimatstaates auf dem Boden der durch die Friedenskonferenz zu Versailles geschaffenen neuen politischen Verhältnisse. Sie wenden sich daher an die Regierung ihres Heimatstaates und bitten um ihr politisches und wirtschaftliches Wohlwollen, dessen ihre Vaterstadt dringend bedarf, um ihre wirtschaftliche Zukunft zu sichern, um sich vor wirtschaftlicher Stagnation zu schützen. Saarlouis glaubt auf Grund der geschichtlichen Voraussetzungen, seiner heutigen trostlosen Lage die moralische Berechtigung dieser Bitte herleiten zu können. Seine leitenden Männer gestatten sich daher, der hohen Regierung die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung von Saarlouis in kurzen Strichen zu zeichnen, um ihr einen Einblick in die tieferen Gründe seiner heutigen wirtschaftlichen Lage zu gewähren. Sie glauben in der pflichtmäßigen Wahrung der städtischen Interessen nicht zu weit zu gehen, wenn sie der zuverlässigen Erwartung Ausdruck geben, daß die hohe Regierung die großen Opfer zu würdigen wissen wird, die Saarlouis in 200jähriger wirtschaftlicher Entwicklung unter dem harten Zwang seiner militärischen Bestimmung bringen mußte. Sie hoffen, daß die hohe Regierung in entgegenkommender Würdigung dieser Opfer ihrer Vaterstadt besonderes Wohlwollen zuwenden wird.

In seiner trostlosen Lage suchte die Stadt in tatkräftiger Initiative zu retten, was noch zu retten war. Sie erwarb mit gewaltigen Kosten den größten Teil des Festungsgeländes einschließlich der Festungsgräben, der Festungswälle und der auf dem Gelände gelegenen Festungswerte.

Seine leitenden Männer glauben daher unter Hinweis auf die von Ludwig XIV. gewollte zentrale Bedeutung Saarlouis' und unter besonderer Betonung der im 1. Teil dieser Denkschrift dargestellten opferreichen Geschichte ihrer Vaterstadt der hohen Regierung den Vorschlag unterbreiten zu dürfen, Saarlouis zum Sitz des Regierungsausschusses und des obersten Gerichtshofes des neuen Saarstaates zu machen. Von der Verwirklichung ihres Vorschlages erhoffen sie eine wirtschaftliche Stärkung ihrer Vaterstadt und eine Neubelebung ihres politischen Ansehens, die für ihre Entwicklung im nächsten Jahrzehnt von weittragender Bedeutung sein wird.

Saarlouis' leitende Männer bitten ferner die hohe Regierung, Saarlouis zum Sitz des Bischofssitzes zu machen, falls ein solcher für den neuen Saarstaat in Frage kommen sollte.

Die bisherigen Bemühungen der Stadt Saarlouis, durch Gewinnung besserer Eisenbahnanlüsse in Bous und Dillingen einen Teil des entstandenen Verlustes wieder wettzumachen, sind bis heute fruchtlos geblieben.

Die Kanalisierung der Saar mit einer Hafenanlage in Saarlouis, wie sie bereits projektiert war, wäre ein bedeutsames wirtschaftliches Projekt, dessen Verwirklichung lediglich Aufgabe der hohen Regierung sein kann. Saarlouis' leitende Männer bitten daher die hohe Regierung, das Problem der Saarkanalisation im Rahmen des Saarstaates einer Lösung entgegenzuführen, die für ihre Vaterstadt starke industrielle Entwicklungsmöglichkeiten schafft.

#### Französischer Text.

Ohne auf die Geschichte Saarlouis' näher einzugehen, genügt es, in dem Augenblick, wo das Schicksal dieser Stadt sich noch einmal ändert, an das doppelte Ziel zu erinnern, das sich Ludwig XIV. gesteckt hatte, als er sie gründete. Sie war gleichzeitig ein Glied des Festungsgürtels Landau, Diedenhofen, Luxemburg, den Bauban errichtete, und ebenso die Hauptstadt der Saarprovinz, deren flüchtige Dauer mit dem Vertrag von Ryswick (mit dem Ludwig XIV. den Hauptteil seiner Eroberungen zurückgeben mußte. D. Red.) endete. Der Verwaltungsbezirk von Saarlouis, der sich einen Augenblick von Saarwerden bis zum Königsberg (?) erstreckte, verlor mit gleichem Tage seine Bedeutung, und nur die Festung blieb bestehen. Im Jahre 1815 war es der Stadt beschieden, die Rolle eines französischen Vorpostens mit der eines preussischen Vorpostens umzutauschen bis zum Jahre 1871, wo durch die Einnahme von Metz und die **Annektion von Lothringen** Saarlouis seine militärische Bedeutung verlor, um auf den Stand einer Garnisonstadt herabgesetzt zu werden. Nun droht ihr auch noch der Verlust dieses letzten Vorteils.

Der Bürgermeister und der Stadtrat von Saarlouis bitten Sie, am Vorabend der Neuordnung der Verhältnisse des Landes mit Wohlwollen die Schilderung der gegenwärtigen Lage der Stadt entgegenzunehmen sowie der Hilfe, die sie von Ihnen erhoffen zu dürfen glaubt, um die alte Stadt Saarlouis wieder zu heben, und **versichern Sie gleichzeitig ihrer Treue und Loyalität.**

All dies geschah nicht ohne große Ausgaben. Die Stadt mußte mit bedeutenden Kosten vom preussischen Staate das Gelände der früheren Befestigungen und Glacis erwerben.

In dieser Hinsicht erinnern Sie die Vertreter der Stadt Saarlouis daran, daß Saarlouis von seinem Gründer bestimmt war, die Hauptstadt der Saarprovinz zu werden. Diese Provinz findet sich jetzt verwirklicht in Gestalt eines neutralen Staates unter den **Auspizien Frankreichs**. Der alte Sitz des Obergerichts, im 17. Jahrhundert entstanden, könnte also wieder aus seiner Asche erstehen und die Wünsche der Saarlouiser erfüllen, **die mit so inniger Treue an ihrer Vergangenheit hängen.** Der oberste Gerichtshof des Saargebiets würde einen ersten Antrieb der Regsamkeit für die Stadt bringen, einen Antrieb, der nicht neu wäre drinnen in dem ursprünglichen Bieder, von wo die Gründung der Stadt ausging. **Die Bedeutung dieser Tat vom politischen Standpunkte aus wird der Regierung nicht entgehen.**

Wenn die Errichtung einer von den **Bischöflichen Trier und Speyer unabhängigen Kirchenbehörde** erfolgen sollte, so bitten wir Sie, daran zu denken, Saarlouis zum Bischofssitz des neuen Bistums auszuweisen. Die Stadt glaubt sich um so mehr zu dieser Hoffnung berechtigt, als sie ganz katholisch ist, während Saarbrücken protestantisch ist. (Saarbrücken ist in Wirklichkeit überwiegend katholisch. D. Red.) Die neue Chaisklassee wäre wie geschaffen zur Errichtung eines Seminars und das Offizierskasino dieser Kaserne könnte dem Bischof zur Verfügung gestellt werden, der dort eine würdige Wohnung fände.

Tatsächlich ist es Saarlouis trotz aller Anstrengungen in diesem Sinne niemals gelungen, von der **Direktion der preussischen Eisenbahnen** eine Verbesserung seiner Verbindungen mit Metz einerseits und dem Primstal andererseits zu erlangen.

Als unumgänglich notwendig erweist sich somit die Kanalisation der Saar. Die jetzige Schleuse befindet sich gegenwärtig vor den Toren von Saarlouis, in Ensdorf. Wir hoffen, daß die **französische Regierung** im Einvernehmen mit der Saarregierung bedacht sein wird, die Ausdehnung des Kanals bis zum Zusammenfluß der Saar und Mosel zu verwirklichen. Die diesbezüglichen Pläne bedürfen nach langer Prüfung nur noch der Ausführung.

Soweit die fraglichen Texte.

Das Bekanntwerden dieser Fälschungen hat im Saargebiet eine ungeheure Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Man begreift es nicht, daß ein Mann mit derartig zweifelhafter Gesinnung und bedenklicher Handlungsweise einen Posten bekleiden kann, der das restlose Vertrauen der von ihm vertretenen Bevölkerung erforderte. In der Saar-Presse wurde Hector auf das schärfste angegriffen. So rief ihm die „Saarbrücker Zeitung“: „Hector möge seine Sachen packen und das Saargebiet im Eiltempo und für immer verlassen. Für die Bevölkerung des Saargebiets wie für das deutsche Volk ist er erledigt. Ob er vielleicht nun noch in Frankreich irgendwo ein Dankshyl findet, das zu erwägen, ist nicht unsere Sache. Vielleicht heißt es auch: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan...“ Mag dieses Mitglied der Regierungskommission auch gleich seine Kreaturen in der Landwirtschaftskammer mitnehmen, und ihnen sonstwo gute Posten besorgen.

Herr Dr. Hector hat sich mach vollen Landesverrat verübt durch einen gemeinen Betrug.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ bemerkte: „Wir erkennen ihn, der in Saarlouis durch die Umfälschung einer wirt-

schastlichen Denkschrift in eine französische Ergebenheitsadresse das Vertrauen der dortigen Einwohnerschaft schwer mißbraucht hat, dessen Sündenliste außerdem ein sehr langes Register von Handlungen aufweist, die von der Bevölkerung des Saargebietes keineswegs gebilligt werden, nicht als Vertreter des deutschen Saarpvolkes an! Wenn Herr Dr. Hector das im Leibe hat, was man bei gewöhnlichen Menschen Charakter zu nennen pflegt, so muß er selbst Schritte unternehmen, die geeignet sind, ihn von der Bürde eines „Ministers“ der Regierungskommission für das Saargebiet zu befreien.“

Was aber sagte der Völkerbundsrat, der sich mit der Frage der Verlängerung des Mandats dieses Mannes zu befassen hatte? Er bestätigte ihn auf ein weiteres Jahr und ließ ihn für seine geleisteten Dienste den Dank aussprechen. „Denn Hector ist ein ehrenwerter Mann“. Wahrlich, es ist schwer, hierzu eine Satire zu schreiben. Gewiß, Hector hat große Vorbilder. So ist es jetzt langsam in aller Welt bekannt geworden, daß das Schicksal des Saargebietes durch eine Fälschung entschieden wurde, die der französische Vertreter in der Friedenskonferenz, Clemenceau, beging, indem er behauptete, an der Saar wünschten 150 000 Saarfranzosen den Anschluß des Saargebietes an Frankreich. Clemenceau wußte, daß diese Behauptung eine Lüge war, genau so wie Hector damals, als er die französische Uebersetzung anfertigte und sie der französischen Regierung übersandte, wußte, daß diese Uebersetzung mit Vorbedacht nicht nur eine andere Fassung, sondern auch einen anderen Inhalt erhalten hatte. Es handelte sich um eine gemeine Fälschung, mit der er politische Absichten verband.

Die dem Völkerbund von den politischen Parteien überreichte Denkschrift mit der Gegenüberstellung der fraglichen Denkschriftabschnitte hätten die Mitglieder bei gewissenhafter Prüfung zu der Ueberzeugung bringen müssen, daß es sich hier um einen Fall handelt, der strengste Ahndung verlangte. Der Völkerbundsrat hat scheinbar diese Prüfung nicht vorgenommen, sich vielmehr auf die Einflüsterungen der französischen Delegierten verlassen, die ihnen sagten: „Hector ist ein ehrenwerter Mann“.

Und er ist es; denn er sagt es selbst. In einer Zuschrift an die Saarbrücker Presse, in der er sich auf den Paragraph 11 des deutschen (!) Preßgesetzes beruft, verlangt er die Aufnahme einer „Berichtigung“, in der er erklärt, sich die Darstellung des tatsächlichen Sachverhaltes dem Völkerbundsrate vorzubehalten und eine gerichtliche Verfolgung der Angelegenheit anhängig zu machen. Er behauptet weiter, daß der französische Text die allgemeine Billigung der Stadtverordnetenversammlung gefunden habe. Er sagte auch, daß die Saarkommission der Friedenskonferenz in Paris, der die fragliche Eingabe zur Weiterleitung an den Völkerbundsrat übermittelt wurde, diese Eingabe für zu lang gefunden habe. Es sei dann eine zweite Eingabe eingereicht worden, die in der deutschen Uebersetzung folgenden Wortlaut gehabt habe:

„Der Bürgermeister und der Stadtrat von Saarlouis bitten inständigst den Völkerbund, ihre Stadt zur Hauptstadt des neuen Saarstaates zu erheben.“

Saarlouis ist ihrer Bedeutung nach die zweitgrößte Stadt. Sie umfaßt eine Bevölkerung von 18 000 Einwohnern und mit den umliegenden Ortschaften von 70 000 Seelen.

Sie wurde 1680 von Ludwig XIV. gegründet und zur Hauptstadt der Saarprovinz bestimmt. Die Stadt blieb bis zum Jahre

1889 befestigt. Von da ab verlor Saarlouis seine Bedeutung und wäre zum langsamen Hinsiechen verurteilt gewesen, wenn die Stadt nicht mit allen Mitteln bestrebt gewesen wäre, gegen dieses Siechtum anzukämpfen, indem sie versuchte, am modernen Wirtschaftsleben teilzunehmen.

Das Verschwinden der Befestigung setzte die Stadt in die Lage, neue Stadtteile, ein Trambahnnetz zu errichten und so den Verkehr auf einen großen Teil des Bezirkes auszudehnen. Es wurden öffentliche Gebäude errichtet für Justiz, Schulunterricht, für Krankenanstalten, ein Gas- und Elektrizitätswerk und ebenso eine große Parkanlage geschaffen.

Die Anwesenheit einer bedeutenden Garnison gab der Stadt die Mittel, die notwendigen Anleihen aufzunehmen, wirkte lebend auf den Handel und begründete einen bedeutenden Marktverkehr.

Das Verschwinden dieser Garnison verfehlte der Stadt einen unerwarteten Schlag, der die Entwicklung unserer Zukunft und die ihrer Einwohner völlig unübersehbar läßt.

Infolgedessen bitten der Bürgermeister und der Stadtrat, getragen von der Liebe zum heimatlichen Boden, den Völkerbund inständig, der Stadt die Grundlagen für eine neue Zukunft zu verschaffen, indem sie aus ihr den Sitz der Regierung des Saargebietes, eines Obergerichtes und eines Bistums macht. Die nötigen Gebäude sind vorhanden. Die Einrichtung derselben, sei es für bürgerliche oder militärische Zwecke, bietet keine weiteren Schwierigkeiten.

Die Stadt nimmt es auf sich, die Beamten und die verschiedenen Angestellten in Wohnungen unterzubringen. So würde Saarlouis die Hauptstadt des Saargebietes werden, während Saarbrücken die industrielle Hauptstadt und Zentrale des Handels bliebe als Sitz der Bergverwaltung, der Postverwaltung, der Eisenbahnverwaltung, der Handelskammer usw. Diese Lage wäre analog der von Bern und Zürich in der Schweiz, von Haag und Amsterdam in den Niederlanden und von Washington und Newyork in den Vereinigten Staaten.

Saarlouis, den 24. August 1919.

Der Bürgermeister von Saarlouis.“

Hector bestreitet, daß die Denkschrift an die französische Regierung gerichtet worden sei, weshalb die Schlussfolgerungen unzutreffend wären.

Durch die Entscheidung des Völkerbundsrates kann das Vertrauen der Bevölkerung zu ihrem Schützling Hector nicht herbeigeführt werden. Für sie bleibt bestehen, was die „Saarbrücker Zeitung“ ihm geraten hat, nämlich schleunigst seine Sachen zu packen und im Eiltempo das Saargebiet zu verlassen. Die Hoffnung, daß Hector vielleicht inzwischen selbst erkannt haben könnte, daß es unmöglich sei, seinen Posten zu behalten und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, ist bei der Geistesverfassung und Charakterbildung und Gesinnungstüchtigkeit des Herrn Hector nicht zu erwarten. Es ist ja auch gar zu angenehm, im Jahre 100 000 Frcs. Gehalt und verschiedene tausend Frs. Repräsentations-, Reise- und andere Spesen zu erhalten, die nach dem heutigen Markkurs einen Verzehrswert von verschiedenen Millionen im Jahr ausmachen. Mag das Volk hungern und über ihn mißgestimmt sein, er hat einen großen Gefinnungsgegnen zur Seite und außerdem steht er im Schutze des Völkerbundes und der großen französischen Nation.

„Denn Hector ist ein ehrenwerter Mann!“

## Hochverrat im Saargebiet.

Die Presse des Saargebietes veröffentlichte in den ersten Tagen des September ein Telegramm, das aus Saarbrücken an Poincaré geschickt worden war und zuerst im Meher „Messin“ abgedruckt wurde. Das Telegramm beweist, welche Kreaturen im Saargebiet den Schutz der Saarregierung genießen und die Ruhe und Ordnung gefährden, ohne daß die Regierungskommission Veranlassung nimmt, gegen diese Leute vorzugehen — weil sie sich im französischen Interesse betätigen. Das Telegramm lautet in der Uebersetzung:

Saarbrücken, den 9. August.

Herrn Ministerpräsidenten  
Raimund Poincaré, Paris.

Mehr als 20 000 ehemalige Kriegsgefangene, aus dem Elsaß und Lothringen ausgewiesen und deportiert, spenden der energischen Haltung Beifall, mit der Sie die ständige Weigerung der Deutschen, den Versailler Vertrag auszuführen, beantworten. Wir verlangen inständig, daß strenge Maßnahmen zur Säuberung des zurückeroberten Gebiets von allen zweifelhaften Elementen, welche die französische Sache nur hemmen können, für die wir so viel und so fürchtbar gelitten haben, ohne Aufschub durchgeführt werden. Wir verlangen zugleich hinsichtlich des Saargebietes eine kräftigere und entschlossener Betäti-

gung der Regierung, die Verabschiedung des neuen Landesrats, die Ausweisung seiner Mitglieder, ebenso wie anderer gefährlicher Elemente, das Verbot der aufreizenden Zeitungen und eine strengere Kontrolle der Boches, die vom rechten Rheinufer kommen, als grundlegende Bedingungen für den Schutz und die Entwicklung der gefährdeten Interessen und die Erhaltung der Sicherheit im allgemeinen.

Georges de Luf,  
ehemaliger Gefangener von Holzminnen,  
Militärdolmetscher, Kommandantur.

Hierzu bemerkt die „Saarbrücker Zeitung“:

„Wenn wir recht unterrichtet sind, handelt es sich um einen früheren Kaufmann Georg Luf, gegen den im Kriege ein Spionageverfahren anhängig war. Es ist wohl klar, daß es diesem Individuum hier zunächst darauf ankommt, für seine höchst persönlichen Zwecke sich den französischen nationalistischen Mantel umzuhängen, sich vorteilhaft hervorzutun gegenüber denen, die heute zahlen und Stellungen geben können. Wie sagte hier ein gebildeter Franzose zu einigen hiesigen Kaufleuten? Die Franzosen, die hier sind, gehörten wahrlich nicht hierher, sondern nach Capenne (der französischen Deportationskolonie). Wir wollen das durchaus nicht verallgemeinern. Aber an dieser Kreatur, Georges de Luf,

sieht man doch, was für Franzosen hier mitunter in Amt und Würde sind. Man braucht zu dem Elaborat des erbärmlichen Menschen nichts hinzuzufügen. Es spricht für sich. Was es mit den angeblichen 20 000 ehemaligen Kriegsgefangenen für eine Bewandnis hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Wahrscheinlich soll diese Zahl dem Empfehlungsbrief nur größere Bedeutung verleihen. Wir haben jedoch selbst unsere Anträge. Wir fragen: Was gedenkt die dem Völkerbund unterstellte Regierungskommission zu tun, um solchen ausländischen Brynnenvergiftern im Saargebiet das Handwerk zu legen? Georges de Lutz gehört, wie aus seiner eigenen Angabe seines Berufs zu entnehmen, den hiesigen französischen Truppen als Dolmetscher an, die nach Aussage der Regierungskommission hier zum Schutze der Bevölkerung als Polizeitruppe zu wirken haben. Wir fragen die Regierungskommission: Wie vereinigt sich der Geist, der hier aus den Ausführungen eines Angehörigen dieser Truppe spricht, mit der Pflicht dieser Truppe, zum Schutze der Bevölkerung tätig zu sein? Eines Angehörigen der Truppe, der zudem kraft seines Amtes Mittler zwischen ihr und der Bevölkerung sein soll? Wir fragen weiter: Was gedenkt der Landesrat zu tun, um zu sorgen, daß solches Gefindel aus dem Saargebiet entfernt wird? Gegebenenfalls: Ist die Erwerbung der Saareinwohnerseigenschaft ein Schutzbrief für ausländische Schurken im Saargebiet gegen die Ausweisung?

Soweit das Saarbrücker Blatt. Seine Ausführungen sind dahin zu ergänzen, daß Lutz sich seit der Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet sich in der schamlosesten Weise gegen die eingewiesene Bevölkerung benommen hat. Lutz ist es gewesen, der den größten Teil der Unterlagen für die „schwarzen Listen“ der französischen Besatzungstruppen geliefert hat, wobei er sich das Material gegen ihm mißliebige Personen einfach aus den Fingern sog, Lutz ist es gewesen, der die Ausweisungen zahlreicher ein-

geessener Personen im Saargebiet auf diese Weise vorbereitete und veranlaßte. Zu seinen Opfern gehören fast sämtliche Ausgewiesenen des ersten Massenschubs, unter ihnen Landgerichtsdirektor Andres, Rechtsanwalt Dr. Zilleßen, Bergwerksdirektionssekretär Vogel und viele andere. Lutz ist es gewesen, der in brutalster Weise in die Wohnrechte der eingewiesenen Bevölkerung eingriff, indem er sie aus ihren Wohnungen verdrängte und französische Beamte, Kaufleute, Schieber, Ausbeuter und Dirnen hineinsetzte. Lutz war lange Zeit die ausschlaggebende Persönlichkeit in der Wohnungskommission des französischen obersten Militärverwalters in Saarbrücken und hat in dieser Eigenschaft den himmelschreiendsten Wohnungsschacher auf Kosten der Bevölkerung betrieben. Lutz war jahrelang der Blutsauger und die personifizierte Brutalität im Saargebiet, er war das lebende Kennzeichen französischer Habschikane. Er übte seine Tätigkeit auch noch unter dem Regime der Völkerbundskommission und treibt sein Unwesen, wie das obige Telegramm zeigt, auch noch heute weiter.

Was er in dem Telegramm zum Ausdruck bringt, ist vollendeter Hochverrat; er wendet sich an eine fremde Macht und versucht sie zu einer Intervention gegen ein Land zu veranlassen, in dem er sich zurzeit aufhält. Man hat bisher nicht vernommen, daß die Saarregierung gegen diesen Lumpen einen Haftbefehl erlassen hat, es sind keine Anzeichen vorhanden, daß der Mann des Landes verwiesen wird, obwohl er Ausländer ist. Ausweisungsbefehle erläßt die Saarregierung nur gegen Einheimische.

Jeder rechtlich denkende Mensch würde es begreiflich finden, wenn die Bevölkerung zur Selbsthilfe griffe gegen ein Individuum, das sich als Bluthund gegen sie betätigt hat und von der zuständigen Behörde nicht unschädlich gemacht wird.

## Ist die soziale Frage im Saargebiet lösbar?

Von Heinrich Koll, Geschäftsführer des D. S. B.\*)

Was vor einigen Wochen noch unklar war, hat sich allmählich klar herausgeschält. Wenn auch schon seit langer Zeit die Frage, ob Mark oder Franken im Saargebiet handelsübliches Geld sein soll, alle Gemüter bewegt, so stark wie in den letzten Tagen hat sie noch nie die Bevölkerung des Saargebietes in ihren Bannkreis gezogen.

Der Beobachter konnte bemerken, daß der Rest der in Mark besoldeten Arbeitnehmer, und auch das Handwerk, die klare Linie verloren hatten. Es war allenthalben ein Tasten und Suchen, aber kein zielklares Wollen. Der Marksturz verlegte alle Geister in die größte Aufregung. Viele Leute im Saargebiet glauben heute, daß nach der allgemeinen Frankenbenutzung im Saargebiet auf einmal die ganze soziale Frage gelöst sei. Das französische Propagandablatt wagte sogar, den Gewerkschaftsführern Pflichtverletzung vorzuwerfen, weil sie den Franken nicht forderten. Zum Fordern und Bewilligen gehören zwei. Es ist also die Frage, ob die Arbeitgeber diese Forderung bewilligen würden und durch Zwang, wer verbürgt den Erfolg? Ich bin deshalb der Ansicht, daß die Lösung dieser Frage nicht einseitig von Arbeitnehmern erzwungen werden sollte. Andererseits aber müssen die Arbeitgeber bereit sein, dem allgemeinen Interesse ein wesentliches Opfer zu bringen. Hier handelt es sich in erster Linie darum, ob die Mark als saarländisches Zahlungsmittel, also als Handels-geld erhalten bleiben soll. Welche Gründe sprechen für ihre Beibehaltung?

Es besteht ein großer Unterschied in der Preisgestaltung eines hochvalutarischen und niedrigvalutarischen Landes. Von der Goldparität ausgehend, ist es vorübergehend in einem Lande mit schlechter Valuta immer bedeutend billiger, als in einem Lande mit hoher Valuta. Ein Ausgleich geschieht erst nach einer gewissen Zeitspanne, bis die Wirtschaft eines Landes die Weltmarktpreisbildung wieder erreicht hat. Erkennt man diese Tatsache an, so wird man bald merken, daß die Preise bei weiterem Erhalten der deutschen Mark als saarländisches Handelsgeld wesentlich geringer sein werden, als bei gänzlicher Frankenbenutzung. Hinzu kommt noch, daß wir aus Deutschland noch eine große Menge Waren zum deutschen Inlandpreise beziehen, auf deren Bezug wir bei allgemeiner Frankenbenutzung wahrscheinlich verzichten müßten.

Alle Wirtschaftler sind sich darüber klar, daß es so nicht weitergehen kann. Die Niedrighaltung der Lebenshaltungskosten geschah in der Vergangenheit und geschieht auch zurzeit lediglich auf Kosten der Markempfänger. Daß die Erbitterung der Markempfänger sehr groß ist, ist selbstverständlich. Nur diesem Umstande sind auch die Demonstrationen zuzuschreiben. Als über-

legte Gewerkschaftsarbeit kann man sie nicht bezeichnen, da sich jeder im öffentlichen Leben stehende Mensch bewußt ist, daß die Regierungskommission in die Hoheitsrechte eines Betriebes nicht eingreifen kann. Die Regierungskommission ist ja nicht einmal in der Lage, in die Finanzverhältnisse einer Kommunalverwaltung einzugreifen, geschweige denn in einen Privatbetrieb. Ich führe diese Demonstrationen ja auch nur an, um den Ausdruck einer solchen Not festzuhalten. Den gleichen Gründen entspringen auch die Beschlüsse einzelner ländlicher Handwerkerinnungen, für ihr Arbeiten Franken zu fordern. In beiden Fällen vermissen wir die große Linie. Opfer müssen gebracht werden, jetzt und auch in der Zukunft, auch bei allgemeiner Frankenbenutzung.

Wenn ich anfangs meiner Ausführungen gesagt habe, daß die Art des Geldes nicht das Wohlleben eines Volkes oder Volksteiles allein bestimmt, so ist es an und für sich gleichgültig, ob Mark oder Franken im Saargebiet Handelsgeld ist. Die Entwicklung des Franken als Zahlungsmittel ist heute noch nicht abzusehen. An der Mark gemessen, wird der Franken wahrscheinlich noch lange Zeit ein kaufkräftigeres Geld sein. Aber wer weiß, ob sich im Laufe der Zeit nicht allmählich ein Verhältnis des Franken zur Mark wie der Mark zur österreichischen Krone herausbildet? Haben wir dann den Franken als allgemein benutztes Geld im Saargebiet, dann machen wir die gleichen Schwierigkeiten am Franken nochmals durch, wie wir sie an der Mark durchgemacht haben. Im Endeffekt wäre also gar nichts gebessert. Würde sogar die Mark einmal wieder besser als der Franken, so würden vielleicht andere Frankenbecker wieder nach der deutschen Mark schreien. Das Verlassen der deutschen Mark stellt also keine Lösung dar, höchstens eine allgemeine Verschlechterung.

Es müssen andere Wege gesucht werden, die den Markempfänger entlasten. Mit Pflasterchen ist es nicht getan. Soll dem Saargebiet die Mark als Handelsgeld erhalten bleiben, so müssen die Bezüge der Markempfänger auf einer Frankenbasis errechnet und in Mark ausbezahlt werden. Die Errechnung muß nach einem Stichtagskurs erfolgen. Dann haben wir die Gewähr, daß solch große Unterschiede bei Kursstürzen, wie in diesem Monat, nicht mehr vorkommen. Der Ruf nach dem Franken würde bald verstummen.

Industrie und Handwerk ist die Umstellung auf Auszahlung der Löhne und Gehälter zu einem Stichtagskurs, die, nebenbei, in einem Betriebe des Saargebietes bereits gebräuchlich war, möglich. Die geringen Mehrbelastungen bei Kursstürzen sind tragbar und stehen zu den Entbehrungen der Markempfänger in ziemlich gleichem Verhältnis.

Die Opfer, die Arbeitgeber zu bringen gezwungen sein werden, sind notwendig, da für das Wirtschaftsleben des Saargebietes und seiner Zukunft Großes auf dem Spiele steht.

\* Der bekannte Führer der Handelsangestellten des Saargebietes veröffentlicht diese Ausführungen in der Presse des Saargebietes, die die Frage: Mark oder Franken treffend und mit sozialem und wirtschaftspolitischen Verständnis behandelt.

## Das deutsche Metz.

Von Prof. August Benig.

„Flur, wo wir als Knaben spielten,  
Strebſam ühend, zum Manne wurden,  
Um deutſches Weſen zu geſtalteten, zu erhalten,  
O, Moſeltal, wie könnten wir dich je vergeſſen!“

Schon in römischer Zeit haben Lothringen und Elſaß eine verſchiedene Stellung im großen Reichsverbande eingenommen. Während das Elſaß mit ſeinem Vorort Argentoratum immer als Grenzland galt und inſolgedeſſen mit Garniſonen belegt war, gehörte Lothringen ſchon ſeit den früheſten Zeiten zu den Binnenländern des römischen Gebiets und war feſt und unlöslich dem Reiche angegliedert. Demgemäß hatte ſich der Römer auf lothringiſchem Boden durchaus häuſlich niedergelaſſen, und es hatte ſich eine Kulturblüte in Lothringen entwickelt, wie ſie das Elſaß niemals geſehen hat. Der Mittelpunkt dieſes Kulturlebens war die römische Stadt Divodurum, unſer heutiges Metz, ein Name, der ſich bis ins 4. Jahrhundert erhielt. Erſt dann verſchwand der Name Divodurum vollſtändig und machte dem Namen Metis Platz. Denn Kelten vom Stamme der Mediomatriten, denen auch Metz ſeinen Namen verdankt, haben wohl ſchon mehrere hundert Jahre vor unſerer Zeitrechnung den Grund der Stadt gelegt, und die von ihnen begründete Siedlung, die ſie Divoduron, d. i. „Gottesfeſte“, nannten, zum Hauptort ihres ausgebreiteten Gebietes erhoben. Die Stadt hat daher eine mehr als 2000jährige Vergangenheit, deren genauer Urſprung nicht feſtzuſtellen iſt. Alſo wohl zu merken: von Trier iſt der Urſprung genau bekannt, von Metz, das danach weit älter iſt, verlieren wir die älteren Spuren.

Heute noch ſehen wir in Metz die Spuren der römischen Glanzzeit.

Während im 3. Jahrhundert das Elſaß von Germanen überſtutet wurde, konnte ſich in Metz römische Kultur noch beinahe 200 Jahre ungeſtört entwickeln. Auch als die Stadt dem Andrang und der Umſlutung der Germanen keinen weiteren Widerſtand zu leiſten vermochte, iſt ſie dennoch nicht wie Straßburg als Ruine in fränkische Hände geſallen, ſondern auf Grund eines friedlichen Vertrags unverſehrt in den Beſitz des fränkischen Königs gekommen. In der Folge erlitt die Entwicklung keine Unterbrechung. Im Gegenteil. Der germaniſche Hof, der nach der Teilung des Reiches in Metz ſeinen Sitz aufſchlug, unterlag vollſtändig dem romanischen Einfluß, und Metis wurde damit das Zentrum der romanischen Kulturentwicklung im auſtralſchen Reiche. Seit 510 n. Chr. war hier der Mittelpunkt des Reiches Auſtraſien der Merowinger Könige. Hoch ragt, bis heute erhalten, der Königspalaſt über den Berg (Trinitätersſtraße), glänzend grünen die Giebel der eben emporwachſenden Kathedrale über das laſchende Moſeltal, ſarrariſche Marmorarten aber tragen den ſtolzen Kloſterbau der frommen Frauen (ſpäter Notre Dame la Ronde), unter den Merowingern. Es iſt die Fortſetzung des monumentalen Gepräges dieſer Stadt, wobei man bei Verwendung des bodenſtändigen Geſteines nicht ſtehen bleibt, ſondern durch Verwendung noch edlerer Arten deſſen Wirkung zu erhöhen anſtrebt.

Auch in der karolingiſchen Epoche behält Lothringen, auf Grund der politiſchen Verhältnisse, ſeine wiſchaftliche wie ſtädtebauliche Ueberlegenheit. Das karolingiſche Königsgeschlecht war auf lothringiſchem Boden erwachſen und hatte mit ſeinen Gütern auch die Vorliebe für die lothringiſche Heimat ererbt. So war der alte Metis die ausgesprochene Zuneigung des Hofes verblieben. Hier, wo der geſeierte Ahnherr des Geſchlechts gewirkt und ſeine letzte Ruhe gefunden, hatte Karl der Große für die Angehörigen ſeiner Familie die Grabkirche gewählt. Im reichen Kloſter, dicht vor den Mauern der blühenden Stadt, das nach dem heiligen Arnulf ſeinen Namen führt, hatte er Hildegard, die geliebte Frau, die ihm in der Pfalz zu Diefenhofen verſtarb, zur Ruhe beſtattet, und neben ihrem Grabe lagen die Stätten, die die Reſte der im jugendlichen Alter verſtorbenen Kinder bargen. Auch Ludwig der Fromme war der Neigung des Vaters treu geblieben und hatte in St. Arnulf endlich die Ruhe gefunden, die ihm das Leben ſo hartnäckig — verweigerte.

War ſonach die ſtädtebauliche Entwicklung der Stadt Metz bis zum 10. Jahrhundert ungehemmt und hervorragend, ſo trat in der folgenden Zeit bis zum 16. Jahrhundert die Zerstörung der romanischen Kathedraſen von St. Vinzenz, St. Arnulf uſw. völlig durch die Verheerungen dieſer bewegten Zeit ein, und Reſte wie die Tempelkapelle auf der Zitadelle z. B. ſind Wahrzeichen der romanischen und nachfolgenden Uebergangszeit. Dieſe brachte uns die alles bisherige, alles andere weitübertragende Hochkirche der Gotik: die Kathedrale, die Schweiſterkirche des Domes zu Reims. Nur das reiche Metz weiſt in dieſer Zeit Bauten von ſolcher Bedeutung auf, und unter ihnen nimmt die Kathedrale eine durchaus eigene Stellung ein. In dieſem Werk zeigt ſich auch charakteriſtiſch die romanische Art ſeiner Erbauer. Wenn die Gotik des Straßburger Münſters als durchaus deutſche

Kunſt bezeichnet werden kann, ſo iſt in Metz der Einfluß der Champagne und Burgunds, der groß war, greifbar. Der franzöſiſche Stadtbau hatte das Erbe des römischen Barocks angetreten.

Vor dieſer Zeit hatte der in Metz beſtehende Deutſchorden ſich in dem bis auf unſere Tage erhaltenen „Deutſchen Tor“ niedergelaſſen, dortſelbſt Hoſpital und Wohlfahrtsanlagen eingerichtet, die nach dem Ueberfall von 1552 durch die Franzoſen nicht mehr beſtanden. Im Winter des Jahres 1356 ließ Kaiſer Karl IV. auf dem heutigen Domplatz die ſogenannte „Goldene Bulle“ verkündigen und wohnte dabei in dem angrenzenden alten Biſchofspalaſt. Hierzu wurde die berühmte Kaiſerglocke „La Mutte“, die 21 887 Pfund ſchwer iſt, mehrere Male geläutet. Sie iſt inzwiſchen wohl einige Male umgegoffen, beſteht jedoch noch und war die größte Glocke in Deutſchland.

Erſt nach dem Dreißigjährigen Krieg, im Weſtfälischen Frieden kam Metz zu Frankreich, durch ein ſchweres Unrecht, was deutſche Sehnsucht nach dem verlorenen Land nie ruhen ließ. Fénelon, der Prinzenenerzieher, ein Franzoſe alſo, ſchrieb damals in einem offenen Brief an Louis XIV., dieſer habe durch ſein Verhalten ganz Europa gegen ſich aufgebracht und geeinigt. „Sie ſind nicht einmal bei dem Wortlaut dieſes Vertrages (Weſtfälischer Friede) geblieben, den Sie mit ſoviel Hochmut geſchloſſen haben. In voller Friedenszeit haben Sie den Krieg begonnen und blendende Eroberungen gemacht. Sie haben eine „chambre des réunions“ eingerichtet, um zugleich Richter und Partei zu ſein; das hieß dem Hohn, dem Raub und der Gewalttat die Beleidigung und die Schmach hinzufügen.“

Mit der Zeit iſt es dem weſſchen Einfluß täuſchend gelungen, in Lothringen und Metz alle Erinnerungen an deutſche Zeiten zu übertünchen. Ich ſage zu übertünchen, denn bei genauem Zuſehen erkennen wir, daß bis heute Lothringen ein Land geblieben iſt, mit dem ſich die ausklingenden Wellenlinien zweier Kulturkreiſe durchdringen und vielfach widerſpruchsvolle Zuſtände hervorgerufen haben. Seine Hauptſtadt mit dem deutſchen Namen Metz, der wie ein Kriegerſruf klingt, eine harte Schärfe hat und ſchneidend wie ein Meſſer, führt als Wappen die Farben Weiß-Schwarz mit einer Jungfrau als Krönung. Aus dieſem Weiß-Schwarz wurde unter franzöſiſcher Zeit Schwarz-Silber in den Wappenfeldern, ja eine franzöſiſche Stadt, eine Provinzialſtadt mit franzöſiſcher Bauart, mit franzöſiſchem Geiſt. Metz liegt auch zwiſchen Straßburg und Nancy; es neigt mehr zu letzterem, faſt gar nicht zu erſterem hin. Die Eindrücke in der Kunſt der Renaissance, in der religiöſen Ueberzeugung und Kulturanschauung des Zeitalters der Reformation, der Charaktere, aus dem, wie wir aus „Dichtung und Wahrheit“ wiſſen, Goethe ſeine erſten Gedanken zum Fauſt ſchöpfte, dieſe Eindrücke ſind an Metz ſpurlos vorübergegangen. Es hat ſeine höchſt eigenartige Stellung im Städtebau, in der Architektur behalten; man kann ſie als autochton, als durchaus bodenſtändig bezeichnen. Sie iſt nicht zum geringſten Teil abhängig von dem ſchönen Material an Kalkſtein, das in der Umgebung in den Jaumontbrüchen gebrochen wird und eine außergewöhnlich feine Profilierung zuläßt, von welcher Eigenart Römer, Merowinger, Deutſche und Franzoſen zehrten. Die Entwicklung dieſes techniſchen Zuſtandes und die Ergebniſſe, Durchdringung eines weſtlichen und eines öſtlichen Kunſtempfindens, haben Formen hervorgerufen, die aus Lothringen ein ſelbſtändiges Kunſtgebiet von provinzieller Eigenart gemacht haben.

(Schluß folgt.)

## Sturm.

Ueber hohen Pappeln bauen  
Wunderwolken ihre Wandelbome,  
Und mit kühlen, grauen  
Flügeln ſegelt Sturm auf grünem Strome.  
Ueber weißgekrönte Wellen  
Springt die Zeit den ſchnellen  
Sprung ins War,  
Schüttelt aus dem naffen Haar  
Einer Silbermöve kämpfend Kreiſen.  
Von dem leiſen Liebesringen  
Ueber Kampf und Not  
Alte Weiſen tropfend klingen  
Hoffungsſtark in Nacht und Tod.

(Aus „Niederrhein“, Gedichte von Paul Bourſeind.)

## Mit Herz und Hand!

Alle, die wir uns im „Saar-Verein“ vereinigt haben und den „Saar-Freund“ als den Bittboten aus dem Saargebiet betrachten, wollen unserer Saarheimat dienen. Es darf nicht beim Wollen bleiben, wir müssen durch die Tat beweisen, daß wir es tun. Das ist unsere Pflicht, ist Ehrenpflicht, Dankeschuld. Wir ringen alle schwer in wirtschaftlicher und nationaler Not um unsere Existenz — und doch ist unsere Not klein gegenüber jener, die unsere Volksgenossen im Saargebiet betroffen hat. Wir leiden schwer unter den Folgen des Versailler Diktats, unsere Schwestern und Brüder aber tragen diese Lasten in vermehrter Auflage und unmittelbar. Ist es deutsch, ist es christlich, ist es menschlich, daß wir tatenlos zusehen, wenn jene schwerer tragen als wir, wenn sie fast zusammenbrechen? Wir haben ihnen gelobt, zu helfen, wo wir können! Nun wohl! Werbet überall in deutschen Landen und im gerecht empfindenden Auslande Freunde für unsere Sache, werbet Kämpfer gegen die Gewalt, gegen das Unrecht, gegen die Unterdrückung. Führt sie dem „Saar-Verein“ zu, damit wir den Entlastungskampf einheitlich und zielsicher führen. Um deutsche Volksgenossen geht der Kampf, um ihre Freiheit und um unsere, um ihr Recht und um das unsere. Veranlaßt sie, daß sie unsern „Saar-Freund“ halten, damit sie wissen, welchen Kampf unsere Volksgenossen führen, damit sie verstehen, was auf dem Spiele steht. Nicht mit dem Munde dürfen wir den Kampf führen, sondern mit Herz und Hand und mit dem — Geldbeutel. Unser „Saar-Freund“ kostet vom 1. Oktober ab 15 M. — wahrlich ein geringer Preis, für den er das Rüstzeug liefert in dem Kampf um unser deutsches Saargebiet. Es stehen noch viel zu viele außerhalb unserer Reihen, das Schicksal und die Not des Saargebiets aber verlangen und verdienen es, daß das ganze deutsche Volk in Reih und Glied steht, damit unsere Volksgenossen an der Saar nicht nur sehen, sondern auch fühlen: ihre Treue wird mit Treue belohnt. Jedes „Saar-Vereins“-Mitglied und jeder „Saar-Freund“-Leser muß dafür sorgen und tätig sein, daß das ganze Deutschland kampfbereit an der Seite der deutschen Söhne und Töchter an der Saar steht. Zum Ruhen ist jetzt nicht die Zeit, jetzt heißt es tätig sein: Mit Herz und offener Hand!

## Das Band der Treue.

Immer wieder muß ich in dem Büchlein blättern, das Albert Zühke, der langjährige Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“, in Form des Saarkalenders herausgegeben hat, und immer mehr muß ich erkennen, daß er ein Werk geschaffen hat, das unserer Saarheimat ein Denkmal angewandten Deutschtums, wenn ich es so nennen darf, gesetzt hat, ein Denkmal, das er sich damit selbst errichtete. Seite auf Seite erbringt er den Nachweis, wie deutsch das Saargebiet ist und stets war, tritt uns die Sorge der Saargebietsbevölkerung entgegen, sie könnte durch die französischen Machinationen ihren deutschen Heimatboden verlieren. Aber es sind nicht Worte, mit denen er das beweist, es sind Tatsachen, die er aneinanderreicht, geschöpft aus dem wirtschaftlichen, dem politischen, dem kulturellen Leben des Landes. Er braucht diese Beweise nicht zu suchen, sie wachsen ihm üppig auf dem Boden deutscher Kultur und deutscher Geschichte an der Saar, aus dem Herzen der Bevölkerung zu. Mögen es ernste oder heitere Dinge sein, die er behandelt, mag es Anerkennung oder Kritik sein, die Skizzen, Aufsätze, Gedichte oder Anekdoten enthalten — immer ist es der Beweis deutschen Empfindens, deutscher Treue, deutscher Schicksalsgemeinschaft. Dazu die zahlreichen bildlichen Wiedergaben, die uns die landschaftlichen Schönheiten der Saarheimat vor Augen führen, die vielen mundartlichen Anekdoten, die uns die zahlreichen Originale des Saargebiets in ihren sprichwörtlich gewordenen Eigenheiten wieder lebendig werden lassen, die verschiedenen geschichtlichen Uebersichten aus der Fürsten- und Kaiserzeit, aus dem Weltkrieg, aus der Besatzungs- und Völkerbundszeit des Saargebiets — alles bringt nur das Eine zum Ausdruck: Wir haben nur ein Vaterland, das ist Deutschland! Das ganze deutsche Saarvolk, alle Saardeutschen im Reich und im Ausland sind dem Mann zu heißem Dank verpflichtet, der uns, in Zeiten bitterster nationaler, heimatlicher und eigener Not, das Heimatbuch von der Saar gab, das er schlicht Saarkalender nennt, das aber in Wirklichkeit das Band deutscher Treue an der Saar

darstellt, das uns alle diesseits und jenseits der diktatorisch gegen Recht und Geschichte, gegen Volkswillen und Volksleben aufgerichteten Saargrenze verbindet. Erst wer dieses Buch besitzt, weiß, welchen Schatz er gewonnen hat, weiß, welch verbrecherischer Anschlag auf unsere Saarheimat durch das Versailler Diktat verübt wurde. Welcher Geist das Büchlein erfüllt, sagt uns Albert Zühke, unser aller Freund, im folgenden schlichten, stimmungsvollen Gedichtchen vom Ehrental:

Des Ehrentales heil'ge Schauer wehn,  
Vor Heimweh blutend deutsche Herzen stehn  
Am Mutterbild im düstren Dornentranz,  
Und doch im Blick der Hoffnung Himmelsglanz.  
Und schwiegen Menschen, Steine zeugen hier  
Durch Tal und Blachfeld bis zum Berggrewier:  
Ein heilig Feuer hat hier einst gelohnt!  
Im Leiden führ's auch uns zum Morgenrot;  
Denn sich getreu birgt Hort und sichere Wehr  
Zur festen Wahrung deutscher Art und Ehr!  
Kein wilder Wunsch! Ein Wort nur, wahr und rein:  
„Dies Land ist deutsch und wird es ewig sein!“  
R. P.

## Hilfe für das Saargebiet.

Der Berliner „Vorwärts“ schreibt:  
Die Not im Saargebiet zwingt Deutschland, trotz der todernsten Ernährungslage des Volkes den Bewohnern des Saargebiets mit Hilfsmaßnahmen entgegenzukommen. Die Hauptwünsche des Saargebiets, die in diesen Tagen durch eine Saarkommission in Berlin vorgelegt wurden, erstreben eine stärkere Versorgung mit Fleisch und Kartoffeln. Die Schwierigkeiten der Fleischversorgung sind jedoch in Deutschland selbst so groß, daß nur ein Teil der Wünsche des Saargebietes berücksichtigt werden können. 200 Rinder aus Preußen und 200 aus Bayern im Monat wurden zugestanden. Allein die noch gewünschte Mehreinfuhr von etwa 800 Rindern aus Deutschland läßt sich kaum bewerkstelligen. Anders steht es mit der Kartoffelfrage. Angesichts der voranschreitlich guten Kartoffelernte ist für das Saargebiet eine Lieferung von 1,3 Millionen Zentner Spätkartoffeln in Aussicht genommen. 100 000 Zentner Frühkartoffeln wurden bereits geliefert, und weitere 40 000 Zentner Frühkartoffeln werden noch dazu kommen.

Wenn auch dem Willen Deutschlands zur Hilfe in diesem Jahr besonders enge Grenzen gezogen sind, so wird man bei uns doch das Saargebiet nicht vergessen, weil man nur zu gut weiß, daß neben den Frankempfangern im Saargebiet vor allem die Teile der Bevölkerung, die ihr Einkommen in Markt beziehen, und besonders die Schichten der Sozialrentner, Kleinrentner, in schwerster Bedrängnis leben.

## Grenzlandarbeit der Vereine Deutscher Studenten.

Der Kyffhäuser-Verband der Vereine Deutscher Studenten hielt im April in einer kleinen westdeutschen Stadt eine Schulungstagung besonders für westdeutsche Studenten ab, im August in Nordhausen eine Schulungstagung für ältere Studenten zur Vertiefung der Grenzlandarbeit. An beiden Tagungen nahmen ebenso wie an den beiden Grenzmarkenfahrten nach Tirol, Kärnten, Steiermark sowie Danzig und Ostpreußen Saar-deutsche teil. Bei sämtlichen Veranstaltungen wurde die Lage im Saargebiet eingehend besprochen, wobei das vom Bund „Saarverein“ zur Verfügung gestellte Material wertvolle Dienste leistete. Dasselbe ist von der Verbandstagung in Kronach (Bayern) zu sagen, auf der nach eingehender Aussprache über das Grenzdeutschum u. a. folgender Beschluß gefaßt wurde:

„Die Verbandstagung der Vereine Deutscher Studenten bekennt sich erneut zum deutschen Einheitsgedanken.

Sie glaubt, daß die gegenseitige Annäherung der verschiedenen deutschen Stämme ohne Rücksicht auf die Staatsgrenzen und die Herstellung einer wenigstens geistigen und seelischen Gemeinschaft zwischen ihnen eine Vorbedingung für den deutschen Wiederaufstieg ist.

Die Verbandstagung begrüßt daher die im letzten Jahre besonders auch von studentischen Bundesbrüdern geleistete praktische Grenzlandarbeit des Kyffhäuser-Verbandes und hält ihre planmäßige, selbstlose Fortführung und Vertiefung unter Betonung und Betätigung des Opfergedankens für notwendig.

## Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Den französischen Drahtziehern im Saargebiet mag es in den vergangenen vierzehn Tagen wiederholt recht unangenehm in den Ohren geklungen haben angesichts der verschiedenen Stellen, Organe und Instanzen, die sich mit den Verhältnissen im Saargebiet beschäftigt haben. Besonders den Mitgliedern der Saarregierung, soweit sie für die geradezu empörenden Zustände verantwortlich sind, mag es manchmal nicht ganz wohl gewesen sein. Zunächst ist es die Note der deutschen Regierung an den Völkerbund, in welcher diese erneut

### gegen die vertragswidrige Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet

protestiert. Sie weist darauf hin, daß die Zahl der französischen Truppen im Saarbecken trotz einer gewissen Verringerung im mer noch einige Tausend betrage, daß aus Meldungen über Kasernen-Neubauten im Saarbecken auf ein längeres Verbleiben der Truppen geschlossen werden müsse, und daß von einem nennenswerten Ausbau der gegenwärtig nur 144 Mann umfassenden örtlichen Gendarmerie nichts bekannt geworden sei. Wie die Note weiter bemerkt, widerspricht dies dem Versailler Vertrag, da nach diesem die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saarbecken nur durch eine örtliche Gendarmerie erfolgen soll. Für den Schutz von Personen und Eigentum hat die Regierungskommission des Saargebietes zu sorgen, also nicht Truppen einer fremden Macht, und es ist überhaupt mit der Selbständigkeit der Verwaltung des Saargebietes unvereinbar, wenn eine so wichtige Verwaltungsangelegenheit wie die Aufrechterhaltung der Ordnung im wesentlichen von französischen Truppen wahrgenommen wird.

Zu den Einwendungen der Regierungskommission, daß eine ausreichende örtliche Gendarmerie hohe Kosten verursache und das Personal dafür schwer anzuwerben sein würde, erklärt die deutsche Note:

„Die deutsche Regierung weiß diese Schwierigkeiten aus eigener Erfahrung zu würdigen, hält sie aber nicht für unüberwindlich und macht darauf aufmerksam, daß sie selbst auf Grund des gleichen Vertrages, der für das Saargebiet eine örtliche Gendarmerie als einziges Mittel für die Aufrechterhaltung der Ordnung vorsteht, eine Umgestaltung ihres Heeres hat vornehmen müssen, ohne daß dabei auf die ihr entstehenden Schwierigkeiten und finanziellen Lasten Rücksicht genommen wurde.“

Im übrigen kennt die deutsche Regierung die Bevölkerung des Saargebietes gut genug, um sagen zu können, daß sie mit Freuden die finanziellen Lasten für die Unterhaltung einer örtlichen Gendarmerie auf sich nehmen wird, wenn ihr dafür die viel schwerer empfundenen moralischen Lasten genommen werden, die die Anwesenheit fremder Truppen bedeutet.“

Weiter ist in der Note besonders auf den Charakter des Saargebietes als Abstimmungsgebiet hingewiesen:

„Die deutsche Regierung mißt diesem Gesichtspunkt ausschlaggebende Bedeutung bei und glaubt, daß ihm gegenüber alle Einwendungen zurücktreten müssen. Mit dem Charakter eines Abstimmungsgebietes ist es unvereinbar, daß in ihm Truppen einer Macht belassen werden, die an dem Ergebnis der Volksabstimmung interessiert ist. Die freie Willensäußerung der Bevölkerung über ihr endgültiges Schicksal, zu deren Sicherung gerade das für das Saargebiet vorgesehene Regime aufgestellt worden ist, wäre in Frage gestellt, wenn Truppen eines der Staaten, die eine Anwartschaft auf das Gebiet haben, noch länger mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Gebiete betraut werden.“

Nachdem von der fünfzehnjährigen Frist bis zur Volksabstimmung bereits mehr als ein Sechstel verstrichen ist, erscheint der deutschen Regierung die Zurückziehung der französischen Truppen und ihre Ersetzung durch eine örtliche Gendarmerie als eine der dringendsten Aufgaben, die zur Sicherung einer freien Abstimmung erforderlich sind.“

Die Zurückziehung der Truppen sei um so dringlicher zu fordern, als das Verbleiben französischer Soldaten im Saargebiet eine Reihe anderer vertragswidriger Erscheinungen zur Folge hatte, wie z. B. die Errichtung einer französischen Gendarmerie, französischer Kriegsgerichte und französischer Schulen über das vertraglich zugelassene Maß hinaus.

Eine andere Eingabe richtete die Liberale Volkspartei des Saargebietes an den Völkerbund, in der

### die Ermordung des Kaufmanns Jenneweine durch einen französischen Unteroffizier

zur Kenntnis gebracht und um geeignete Vorstelllungen bei der französischen Regierung ersucht wird. In der Eingabe heißt es:

In der Nacht vom 27. zum 28. Oktober 1921 wurde der in Saarbrücken wohnhafte Otto Jenneweine von einem französischen Soldaten durch einen Schlag auf den Hinterkopf getötet. Der Täter wurde für diesen Tot-

schlag vom französischen Kriegsgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Getötete hinterließ Frau und fünf schulpflichtige Kinder, die, durch die Tat ihres Ernährers beraubt, in eine furchtbare Notlage gerieten. Auf eine Eingabe an den Kommandanten der Truppen um Gewährung einer fortlaufenden Zuwendung erhielt Frau Jenneweine den Bescheid, der französische Soldat sei nicht im Dienst gewesen, er habe seine Tat infolgedessen als Privatperson begangen und sei mithin für seine Tat selbst und ausschließlich wie eine Privatperson verantwortlich. Für den französischen Staat könnten keinerlei Schadenersatzverpflichtungen anerkannt werden hinsichtlich der Verbrechen, die ein französischer Soldat außerhalb seines Dienstes begehe. Es werde ihr daher anheimgegeben, ihre Schadenersatzansprüche im Zivilrechtswege gegen den Urheber der Schaden stiftenden Tat geltend zu machen. Auch ein zweites Gesuch der Witwe an die Regierungskommission blieb ohne Erfolg. Die Regierungskommission teilte der Witwe mit, sie könne nur die Richtigkeit der Darlegungen des Kommandierenden Generals bestätigen. Die Liberale Volkspartei hält es für ihre Pflicht, diesen Fall dem Völkerbund zu unterbreiten und führt in der Eingabe aus, daß die Regierungskommission mindestens den Versuch hätte machen müssen, von der französischen Regierung die Gewährung einer fortlaufenden Unterstützung an die Familie zu erlangen. Auf den abschlägigen Bescheid hätte sie selbst die Pflicht gehabt, ihre Wohlfahrtsabteilung mit der Angelegenheit zu befassen. Darüber hinaus sagt die Eingabe, wenn der Kommandierende General mit seiner Auffassung recht behalte, so bedeute dies, daß die unter dem Schutz des Völkerbundes stehenden Saarbewohner den Willkürakten der Soldaten schutzlos preisgegeben seien. Sie gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Völkerbund diesen Standpunkt der Regierungskommission und des Kommandierenden Generals nicht zu teilen vermag und bittet um eine gründliche Klärung dieser für die öffentliche Sicherheit hochbedeutenden Rechtsfrage.

Wir haben diesen Fall Jenneweine des öfteren hier erwähnt und haben darauf hingewiesen, daß von Seiten der Saarregierung nichts unternommen wurde, um eine hinreichende Sühne und berechnete Entschädigungsansprüche durchzusetzen. Durch die Eingabe der Liberalen Volkspartei an den Völkerbund wird aber erst bekannt, in welcher frivolen Weise sich sowohl der französische General wie auch der französische Präsident der Saarregierung in dieser Angelegenheit benommen haben. Worte reichen nicht aus, um diesen Standpunkt des Vertreters des Völkerbundes zu geißeln und

### die Verhöhnung des Rechts

zu kennzeichnen. Es ist selbstverständlich ganz unhaltbar, zu sagen, daß der französische Staat für einen Mord, den einer seiner Soldaten außer Dienst begeht, nicht aufkommen. Im übrigen befand sich der Soldat, der Unteroffizier Leon Villard, im Dienst, denn er befand sich im Saargebiet auf Befehl des französischen Kriegsministeriums. Das Saargebiet gehört nicht zu Frankreich, französisches Militär hat dort nichts zu suchen, wenn dennoch der französische Unteroffizier sich im Saargebiet befand, so geschah es auf Befehl des französischen Kriegsministeriums. Der Mord wurde also tatsächlich während des Dienstes begangen. Er erfordert aber auch dann eine Sühne, wenn er nicht im Dienst begangen worden wäre. Als der französische Sergeant Mannheimer in völlig trunkenem Zustande in Berlin deutsche Passanten provozierte und dadurch eine Schlägerei verursachte, bei welcher er eine tödliche Verletzung erlitt, befand er sich nach der Rechtsauffassung des französischen Generals an der Saar und der Saarregierung ebenfalls nicht im Dienst, die französische Regierung verlangte jedoch trotzdem von der Stadt Berlin als Buße die Zahlung einer Million Goldmark. Die noitleidende Familie Jenneweine hat also das Recht, eine ausreichende Buße von der französischen Regierung zu verlangen und die Saarregierung hätte die Pflicht, diese Forderung mit allen Mitteln zu unterstützen. Wenn sie es nicht tut, beweist sie, daß sie nicht das Wohl der Saargebietsbevölkerung vertritt, sondern allein die politischen Interessen Frankreichs.

Man hat bisher nichts davon vernommen, daß der Völkerbundsrat sich auf seiner jetzigen Tagung mit dem einen oder anderen dieser beiden Fälle beschäftigt hätte, obwohl mehrere Saargebietsfragen zur Besprechung standen und hinreichend Grund und Anlaß gewesen wäre, darauf einzugehen. Unter anderem beschäftigte er sich mit der Absicht der Saarregierung, eine Reihe von

### deutschen Beamten dem Deutschen Reich zur Verfügung

zu stellen. Diese Absicht wird von der Saarregierung mit Sparmaßnahmen begründet. Da zurzeit noch Verhandlungen hierüber mit der deutschen Regierung schweben, entschied der Völkerbundsrat, daß erst das Ergebnis dieser Verhandlungen abgewartet werden soll, daß aber inzwischen die finanzielle

Situation der Beamten keine Aenderung erfahren dürfe.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Begründungen der Saarregierung immer sehr harmlos erscheinen, daß sich aber hinter den Maßnahmen meistens sehr einschneidende politische Absichten verbergen. In diesem Falle schiebt sie Sparsamkeitsgründe vor. In ihrem 12. periodischen Bericht an den Völkerbund über die Entlassung von Beamten und Arbeitern behauptet sie, daß diese Maßnahme keine Anwendung finde auf Beamte oder Arbeiter mit einer großen Anzahl von Dienstjahren, selbst wenn sie außerhalb des Saargebiets wohnen. Es ist nur merkwürdig, daß von der Entlassung fast ausschließlich solche Beamte und Arbeiter betroffen wurden, die in dem Geruch standen, gut deutsch zu sein. Man hat nie etwas davon erfahren, daß ein Beamter oder Arbeiter entlassen wurde, der als französischfreundlich angeschrieben ist. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß der angebliche Personalüberschuß nur dazu benutzt wird, um den Beamtenkörper von mißliebigen, d. h. gut deutschen Personen zu reinigen.

Eine andere Frage, mit der sich der Völkerbundsrat zu befassen hatte, ist die

#### Vorbereitung für die Abstimmung im Jahre 1935.

Der Völkerbundsrat entschied dahin, daß die Aufstellung der Listen noch nicht so eilig sei und daher noch nicht endgültig vorgenommen werden sollte. Lediglich solche Maßnahmen sollen vorbereitet werden, die die Aufbewahrung der erforderlichen Unterlagen in Archiven ermöglichen, die später als Grundlage für die Abstimmungslisten dienen sollen. Diese Listen aus diesen Archiven sollen im Sekretariat des Völkerbundes aufbewahrt werden.

Um diese Frage der Abstimmungslisten ganz beurteilen zu können, muß man sich erinnern, daß in den einzelnen Gemeinden ohne großen Arbeits- und Kostenaufwand diese Listen auf Grund des Einwohnerverzeichnisses bereits vorbereitet waren. Aus durchsichtigen Gründen unterlagte die Saarregierung die Weiterführung dieser Abstimmungslisten und zog die Beamten, die hierzu die Anregung gegeben hatten, zur Verantwortung. Wozu wohl? Die von den Gemeinden vorbereiteten Maßnahmen hätten die sicherste Grundlage für eine einwandfreie Aufstellung der Abstimmungslisten gegeben, so daß nach 15 Jahren sich keinerlei Anstände hätten herausstellen können. Die Saarregierung erließ aber ohne Befragung der gewählten Vertreter der Bevölkerung die Verordnung über die „Saareinwohner“, dieselben „Saareinwohner“, die bei den letzten Landesratswahlen wahlberechtigt waren. Bei diesen Wahlen bzw. bei der Aufstellung der Wählerlisten ergab sich, daß nicht Duzende, sondern Tausende von wahlberechtigten, eingetragenen Personen in den Wählerlisten nicht aufgeführt waren und daß sie entsprechend einer Verordnung der Saarregierung nachträglich auch nicht aufgenommen werden konnten. Es hat sich herausgestellt, daß Hunderte von eingetragenen und eingeborenen Saarländern in den Einwohnerlisten gestrichen waren, obwohl sie weder ihren Wohnort noch überhaupt ihre Wohnung verändert hatten. Bei diesen Wahlen hat sich ferner ergeben, daß wohl nicht ein einziger von den französischen Saareinwohnern in den Wählerlisten gefehlt hat, obwohl sich nur wenige darum kümmerten, ob sie darin aufgenommen waren. Es fällt wirklich nicht schwer, aus all diesen Tatsachen die Schlussfolgerung zu ziehen. Und wenn jetzt der Völkerbundsrat die Aufstellung der Abstimmungslisten „für nicht so eilig“ erklärt hat, so beweist das, daß er in geeigneter Weise rechtzeitig und zweckmäßig instruiert worden war. Frankreich hat ein großes Interesse daran, daß möglichst viele eingetragene deutsche Saargebietsbewohner ihres Abstimmungsrechtes im Jahre 1935 verlustig gehen. Deshalb arbeitet die Saarregierung als gehorsames Organ Frankreichs bereits an der Verdunkelung der Abstimmungslisten, und der Völkerbund setzt darunter sein Siegel.

Und dann

#### der Fall Hector.

Die Amtszeit Hectors läuft am 22. September d. J. ab. Schon vor Monaten hat die Saargebietsbevölkerung durch ihre örtlichen Vertretungen dem Völkerbund erklären lassen, daß Hector in der Bevölkerung nicht das mindeste Vertrauen genießt. In einer Eingabe der politischen Parteien, die die gesamte Saargebietsbevölkerung vertreten, war mit Rücksicht auf die außerordentlich erregte Stimmung gegen Hector gebeten worden, sein Mandat nicht wieder zu bestätigen. Diese Eingabe wurde in den letzten Tagen vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrates durch eine Denkschrift ergänzt, in der Hector als Fälscher bloßgestellt wurde. Die entsprechenden Unterlagen fügte man bei. Und wie

entschied der Völkerbundsrat? Er bestätigte Herrn Hector auf ein weiteres Jahr und sprach ihm den Dank des Völkerbundes aus! An anderer Stelle gehen wir auf diesen Fall näher ein. Hier sei nur gesagt, daß man sich im Saargebiet sehr eingehend mit dem Thema: „Völkerbundsmoral“ beschäftigt.

#### Die Rechtsgrundzüge und die Konsequenz der Saarregierung

haben überhaupt ein eigenartiges Gesicht. Man wird sich erinnern, daß die Saarregierung sich mit Händen und Füßen gegen eine Volksvertretung für das Saargebiet gewehrt hat, weil sie mit bitterster Miene auf eine Bestimmung des Saarstatuts hinwies, in der nur von „örtlichen“ Vertretungen die Rede ist. Sie legte die Bezeichnung „örtlich“ dahin aus, daß im Saargebiet eine Volksvertretung für das ganze Gebiet ähnlich einem Parlament nicht vorgesehen sei, sondern daß unter „örtlichen“ Vertretungen die Kreistage, die Stadt- und Gemeindevertretungen gemeint seien. In dieser Frage hat also die Saarregierung der Bezeichnung „örtlich“ eine Rechtsauslegung gegeben, an der auch ihr bester Wille angeblich nichts ändern konnte. Kürzlich spielte das Wörtchen „örtlich“ wieder einmal eine Rolle, nämlich in der Flaggenfrage. In der Saargebietsbevölkerung bestand die Absicht, anlässlich des deutschen Verfassungstages die deutschen Reichsfarben zu flaggen. Schnell kam die Saarregierung mit einer Verordnung heraus, in der sie darauf hinweist, daß nach einer anderen Verordnung im Saargebiet nur die örtlichen und kirchlichen Fahnen herausgehängt werden dürften. In diesem Falle versteht die Saarregierung unter „örtlich“ das ganze Saargebiet und meint mit den örtlichen Fahnen die „saarländische Landesfahne“, die von ihr rechtswidrig bestimmt wurde. Die Logik der Saarregierung ist also die: Eine „örtliche Landesvertretung“ ist bestimmungswidrig, da unter „örtlich“ die Gemeinden und Kreise zu verstehen seien. Die „örtliche Landesfahne“ aber ist rechtsgültig, da unter örtlich das ganze Gebiet zu verstehen ist. Man möchte glauben, daß es den Männern in der Alleestraße manchmal selbst bange werden mag, wenn sie sich durch ihre Franzöfierungsmäßen hindurchslügen müssen. Im übrigen wird die Fahnenangelegenheit noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Die sozialdemokratische „Volksstimme“ hatte die von der Saarregierung gesetzwidrig eingefetzte Saarfahne einen „Lappen“ genannt. Darüber war der Herr Präsident so erbost, daß er das gesamte saarländische Oberlandesgericht gegen die Volksstimme mobil machte, um diesen „Lappen“ wieder zu einer richtiggehenden Fahne zu gestalten. Man kann gespannt sein, wie sich die saarländischen Gerichtsherren mit dieser Frage abfinden werden.

#### Die Berichterstattung der Saarregierung an den Völkerbund

ist eine besondere Sache; die Regierungskommission nimmt es damit sehr genau. Das heißt, die Genauigkeit bezieht sich vor allem auf die Registrierung all jener Punkte, durch die sich die Saarregierung beim Völkerbund, ihrem Brotgeber, ins rechte Licht setzen kann. Was man aber im übrigen so landläufig unter Genauigkeit zu verstehen pflegt, das sucht man in den nach Metern gemessenen Berichten vielfach vergeblich. In dem 12. periodischen Bericht z. B. war zu lesen:

„Die bei den sehr zahlreichen Ausgrabungen vor dem Amtsantritt der Regierungskommission gefundenen Gegenstände sind alle außerhalb des Saargebiets in die entferntesten Museen Speyer, Trier, Berlin usw. verbracht worden.“

Der Historische Verein für das Saargebiet bemerkt hierzu: Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die meisten vor dem Amtsantritt der Regierungskommission gefundenen Gegenstände in der Sammlung des Historischen Vereins für die Saargegend verwahrt werden. Das Museum zu Speyer besitzt nur die in dem kleinen pfälzischen Teil des Saargebietes gefundenen Altertümer, das Museum in Trier verwahrt nur einzelne Gegenstände aus dem Saargebiet, und in das Völkermuseum zu Berlin ist die Sammlung gekommen, die der Oberbergat Böding in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts hauptsächlich aus Funden auf dem Herapel, also auf lothringischem Gebiet, zusammengestellt hatte.

In Saarbrücken ist schon im Jahre 1839 der historisch-antiquarische Verein für die Städte Saarbrücken und St. Johann und Umgegend begründet und im Jahre 1881 als „Historischer Verein für die Saargegend“ mit weiteren Zielen erneuert worden. Die von diesen Vereinen zusammengebrachte Sammlung ist recht reichhaltig und verdient allgemeine Beachtung. Sie enthält über 900 Gegenstände aus der Römerzeit, eine Sammlung von mindestens 6000 Münzen und zahlreiche Erinnerungsstücke aus der neueren Zeit, darunter über 600 Bilder, und außerdem eine große geschichtliche Bibliothek von mehr als 6000 Bänden. Nur der Mangel an geeigneten Räumen hat den Historischen Verein für die Saargegend bis jetzt daran gehindert, seine Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die von

dem Konservator der historischen Denkmäler des Saargebiets unternommenen Ausgrabungen haben bis jetzt im wesentlichen nur Scherben zu Tage gefördert, Funde, die für den Kenner sehr anziehend sind, aber allein jedenfalls nicht genügen, um die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich zu ziehen und die Errichtung eines Saarländischen Archäologischen Museums zu rechtfertigen. Es dürfte sich empfehlen, diese Funde dem Historischen Verein für die Saargegend zu überweisen und diesem Verein durch Gewährung von geeigneten Räumen und den nötigen Geldmitteln die Ausstellung seiner Sammlungen zu ermöglichen.

Zu dem Bericht der Saarregierung noch mehr zu bemerken, dürfte überflüssig erscheinen, die Erklärung des Historischen Vereins sagt genügend.

Durch die deutsche Presse ging in den letzten Wochen die Meldung von der

### Verurteilung und Verhaftung des Landrats Schwebel von Meisenheim.

Landrat Schwebel hatte gelegentlich eines Besuches bei dem französischen Bezirksdelegierten diesen auf das Treiben eines französischen Gendarmen aufmerksam gemacht, über den aus der Bevölkerung heraus zahlreiche Beschwerden und Klagen eingelaufen waren. Der französische Delegierte ersuchte den Landrat Schwebel, ihm über diesen Fall einen schriftlichen Bericht einzureichen, damit er auf Grund dessen den Fall verfolgen könne. Das geschah. Landrat Schwebel fasste seinen Bericht schlussfolgernd dahin zusammen, daß es im Interesse des Ansehens und der Würde der französischen Armee läge, wenn dieser Gendarm aus dem besetzten Gebiete beseitigt würde, da dessen Treiben eine Qual für die Bevölkerung darstellte. Diese Schlussbemerkungen führten zu einer Anklage gegen Landrat Schwebel, der sich deshalb vor dem französischen Kriegsgericht zu verantworten hatte, wo als Hauptzeuge der angeschuldigte Gendarm auftrat. Dessen Aussagen, die in einzelnen Punkten an Unerschämtheit alles bisher Dagewesene überboten, führten zur Verurteilung des Landrats zu drei Monaten Gefängnis. Auf dem Wege zu dem Bezirksdelegierten, den er einige Wochen später dienstlich aufsuchen wollte, wurde er von französischen Kriminalbeamten verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Von dieser Verhaftung ist auch die Saargebietsbevölkerung unmittelbar berührt worden, denn Landrat Schwebel war zugleich Reichskommissar für die Regelung saarländischer Grenzfragen. Er gehörte jener gemischten Kommission an, die mit der Erhaltung der Saargebietsgrenze und der Regelung des Grenzverkehrs beauftragt ist und zu diesem Zwecke einen Staatsvertrag vorbereitet und ausarbeitet. Diese wichtige Arbeit ist nun vorläufig unterbrochen. Wie wir nämlich erfahren, haben die beiden weiteren Mitglieder der saarländischen Grenzkommission, Landrat von Mirbach-Saarburg und Bezirksamtmann Binder-Waldmohr, der Regierungskommission des Saargebietes mitgeteilt, daß die Grenzkommission wegen der Verhaftung des Landrats Schwebel ihre Arbeiten eingestellt hat.

Das Auswärtige Amt hat gegen die Verurteilung und Verhaftung des Landrats Schwebel Vorstellungen erhoben mit der Begründung, daß Landrat Schwebel als Angehöriger einer Grenzfestsetzungskommission sowie einer Kommission für den Grenzverkehr des Saargebietes das Recht auf diplomatische Immunität habe.

### Die Propagandagratisifikationen,

die von der französischen Regierung an die französischen höheren Beamten der Saarkohlen bezahlt werden, wurden bereits kürzlich von uns erwähnt. Jetzt hat sich mit dieser Angelegenheit unter der bezeichnenden Überschrift „Der kleine Nischmach im Saargebiet“ auch die französische Wochenschrift „Progrès Civique“ beschäftigt. Etwas bissig schreibt sie:

„Augenblicklich herrscht unter dem „höheren“ Personal der französischen Bergwerke im Saargebiet eine große Aufregung.

Wir sagen „höheres“ Personal, um es von dem „untergeordneten“ zu unterscheiden, denn man hat auf deutschem Boden Sinn für Rangordnung.

Die Herren Oberbeamten (Abteilungsdirektoren, Kapläne, Chefs von der Propaganda usw.) bekommen sehr beträchtliche Gehälter: für sie ist der Krieg wirklich einträglich gewesen.

Und bemerkenswert ist, daß es sich nur um eingetandene Gehälter handelt, um solche, die durch Anweisungen bestätigt werden, die öffentlich an der Kasse der Bergwerksdirektion bezahlt werden.

Aber dazu kommen die Gratisifikationen.

Nur eine indistrete saarländische Zeitung brachte neulich interessante Enthüllungen.

Zweimal jährlich teilen sich die 229 höheren Beamten ungefähr 800 000 Franken an Gratisifikationen.

Diese Summe wird auf einmal einer Bank von Saargemünd zugesandt, und die Begünstigten erhalten persönliche Schecks auf dieser Bank. So werden die Indistretionen des untergeordneten Personals vermieden, das, wenn er diesen Goldfluß hätte vorbeistehen sehen, darüber eifersüchtig geworden wäre.

Diese Gebräuche sind vielleicht vorwurfsfrei, aber das Geheimnis, worin sie ausgeführt werden, erweckt Verdacht. Es wäre vorteilhaft, daß ein neugieriger Volksvertreter einige Erklärungen verlangte.

Denn im Grunde genommen gehören die Saargruben uns allen, und man würde gern erfahren, wozu man unser Geld gebraucht.“

Während also die französischen Beamten im Saargebiet im Ueberfluß schwimmen,

### leidet der größte Teil der Saargebietsbevölkerung bitterste Not.

Die Saargebietsbevölkerung legt jedoch nicht die Hände tatenlos in den Schoß, sondern versucht, auch über diese ungeheuren Schwierigkeiten, wie sie durch die Frankenpolitik der Saarregierung veranlaßt wurden, hinwegzukommen.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ berichtet über die Bildung eines Aktionsausschusses der drei sozialistischen Parteien und der freien Gewerkschaften das folgende: Noch nie hat das verfluchte, von der Regierungskommission mit wohlbedachter politischer Berechnung über das Saargebiet geworfene System der Doppelwährung so unheilvoll seine Wirkung zur Schau getragen wie zu gegenwärtiger Zeit. Während auf der einen Seite die Masse der Markempfänger infolge der Kursstürze, die die deutsche Mark mitmacht, in immer tieferes Elend gerät, stehen auf der anderen Seite Frankenempfänger, denen kaum ein Preis zu hoch ist, die jeden verlangten Preis zahlen und dadurch dazu beitragen, den Wert der Mark im Saargebiet noch weiter herabzudrücken. Und die Bevölkerung ist in zwei Teile gespalten: die Verhungernenden und die Vielverdiener. Diesem Zustand muß Paroli geboten werden! Das ist die Auffassung aller anständigen Menschen, die nicht aus dem Elend ihrer Brüder profitieren wollen. Um Mittel und Wege zu finden, wie ihm ein Ende gemacht werden könne, hatten sich im Café Englert die Vorstände der freien Gewerkschaften und der drei sozialistischen Parteien des Saargebietes zusammengefunden. Die sehr eingehende, sachliche und tiefgründige Aussprache war von der einmütigen Auffassung getragen: So kann es nicht länger gehen, die Schäden und Nachteile, die dem markempfangenden Teile der arbeitenden Bevölkerung aus dem Währungs dualismus erwachsen, müssen unter allen Umständen beseitigt werden, entweder durch einheitliche Frankenentlohnung oder durch ein Angleichen der Marklöhne an die Frankentlöhne, dem jeweiligen Kursstande entsprechend. Ein Aktionsausschuß, bestehend aus den Mitgliedern des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Saarbrücken und je einem Vertreter der Berg-, Eisenbahn-, Metall- und Bauarbeiter sowie der drei politischen Parteien, wurde gebildet, der sofort mit der Aufforderung an die christlichen Gewerkschaften herantreten wird, gemeinsam mit den freien Gewerkschaften die Gesamtheit der Arbeiterorganisationen und die Regierungskommission aufzufordern, in Verhandlungen einzutreten, die eine Lösung der Entlohnungsfrage im oben gekennzeichneten Sinne zur Folge haben müssen. Erhöhte Aktionsbereitschaft aller Arbeiter und Angestellten ist notwendig, um den Forderungen der freien Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien unter Umständen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen.

### Unbeirrt und zielbewußt.

Ein hohes Ziel schwebt uns voran,  
Wir müssen's erringen, erjagen.  
Und wahrlich, das wär' kein rechter Mann,  
Der nicht sein alles setzte daran,  
Den hohen Wurf zu wagen.

Der Arbeit ihr Recht! — Ob Willkür und Zwang  
Uns hemmten den Flug in die Weite,  
Wir ringen uns durch in heißem Drang  
Und stell'n uns als Männer kühn und frant  
Wohl jedem andern zur Seite.

Wir sind uns des eigenen Wertes bewußt,  
Und tragen wir willig die Pflichten,  
Was sollen wir dann zu fremder Lust  
Auf den höchsten Stolz in der Brust,  
Auf das gleiche Recht verzichten!

Wir beugen vor Gott in Demut das Haupt;  
Doch haben wir steife Nacken.  
Wenn falsches Spiel man sich erlaubt,  
Wer höhnisch frevelnd uns beraubt,  
Den wissen wir verb zu packen.

So schreiten wir ruhig nach uns'rer Art  
Auf freien, offenen Wegen,  
Und bleibt uns Enttäuschung nicht erspart,  
Wir wissen; dennoch geht die Fahrt  
Aufwärts, dem Ziel entgegen!

(Aus „Der Saar-Bergknappe“.)

## Demoralisierung der Jugend unter den Wirkungen der Doppelwährung.

Es kann nicht ausbleiben, daß unter den Wirkungen der Doppelwährung, der systematisch betriebenen Erschütterung der Autorität der Beamten und Erzieher infolge des korrumpierenden Denunzianten- und Spitzelwesens, des schamlosen Treibens französischer Schieber und Frankenspekulanten, des sittenlosen Benehmens französischer Beamten, Offiziere und Soldaten, des frivolen Treibens französischer Dirnen und sonstiger übler Nebenerscheinungen französischer „Kultur“ die saarländische Jugend bedenklichen Schaden an Leib und Seele nimmt. Geradezu grauenhaft ist unter der Einwirkung westlicher Missetaten die sittliche Verrohung der Jugendlichen. Es vergeht jetzt kaum eine Woche, in der nicht mehrere Fälle sittlicher Vergehen oder Verbrechen jugendlicher gemeldet werden. Geradezu entsetzlich ist es, was aus Saarbrücken berichtet wird. Dort drangen drei 14- bis 15jährige Burschen in eine Wohnung in der Kaiserstraße ein und mißbrauchten die dort allein anwesende 11jährige Schülerin Adele K. Die drei Burschen waren in Begleitung des 9jährigen Bruders der K. in die Wohnung gekommen, wo sie außerdem noch eine goldene Damenuhr stahlen. Die drei Täter wurden ermittelt. Der 15jährige Arbeiter Karl H. in Saarbrücken wurde verhaftet, weil er an einer 11jährigen Schülerin ein Sittlichkeitsverbrechen begangen hatte. Nachts wurden auf dem Wege von Elversberg nach Bildstock, etwa 100 Meter vom Ausgang des Waldes nach Bildstock ein junger Mann aus Quierschied und ein Mädchen aus Bildstock von drei jungen Männern überfallen und ihrer Burschaft beraubt. Dann vergewaltigten die Unholde das Mädchen unter vorgehaltener Schußwaffe mit der Drohung, beim ersten Hilferufe würden beide erschossen. Dem jungen Manne wurde eine Brieftasche mit 500 M., dem Mädchen eine solche mit Franken und etwa 100 M. abgenommen. Es ist also noch viel zu milde, was kürzlich die „Saarländische Schulzeitung“ über die Verderbtheit der heutigen Jugend schrieb: „Ein großer Teil unserer heutigen Jugend kommt sich viel zu wichtig vor. Sie bildet sich ein, geistig zu sein, ohne etwas gelernt zu haben, Geld haben zu müssen, ohne arbeiten zu brauchen, das große Wort führen zu müssen, ohne das erfahrene Alter respektieren zu brauchen, die Welt reformieren zu müssen, ohne die Geschichte kennen gelernt zu haben. Diesem Geist fehlt Respekt und Pietät, Erfahrung und Kenntnis, vor allem Bescheidenheit und Demut, Gehorsam und Zucht.“ Das es soweit mit der Verwahrlosung der Jugend an der Saar gekommen ist, daran trägt die Saarregierung durch die Untergrabung der Autorität der Lehrer und Eltern und durch ihre unglückliche Frankenpolitik ein voll gerüttelt Maß der Schuld.

## Kleine Tageschronik.

**Saarbrücken.** Die verstorbene Rentnerin Fräulein Luise Sophie Bruch hat in ihrem Testament der Stadt eine Stiftung von etwa 450 000 M. zur Unterstützung bedürftiger Kriegsbeschädigter vermacht. Zwei ungenannte Spender schenken der Stadt 100 000 M. für die Christianenanstalt, Waldschule und Marienkirche und 100 000 M. für die Raderstiftung. — Eine Familientragödie ereignete sich in einem Hause an der Wilhelmstraße. Nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen Vater und Sohn griff letzterer zu einem Messer und versetzte seinem Vater einen tiefen Stich in die Brust, welcher die Lunge durchbohrte. — Vier betrunkenen Arbeiter beschäftigten den Gärtnereibesitzer Rosenfränzer aus der Saargemünder Straße, der sich mit seinem Fuhrwerk von St. Arnual auf dem Nachhauseweg befand. Die Sinnlosen versuchten sogar, den Wagen, auf dem sich Rosenfränzer mit Frau und Kind befand, in die Saar zu werfen, was nur durch das rechtzeitige Eingreifen anderer Personen verhindert wurde. Die vier Missetäter wurden festgestellt. — Ein Kaufmann aus der Eisenbahnstraße hatte dem Inhaber einer hiesigen Wechselstube, bei dem er als Kassierer beschäftigt war, etwa 400 000 Mark gestohlen bzw. unterschlagen, ferner hat er seine Zimmervermieterin Z. um 36 000 M. betrogen. Er wurde festgenommen. Das Geld will er in lustiger Gesellschaft durchgebracht haben. — Durch Verfügung der Regierungskommission wurde bei der Polizei für das Saargebiet der Polizeiknüppel eingeführt; das Seitengewehr wurde abgeschafft, weil es in Preußen als Ausrüstung der Polizei eingeführt ist.

**Böfelingen.** Für die Errichtung eines Gedenksteins für die im Kriege Gefallenen wurde ein Ausschuß gewählt. Die freiwillige Liebestätigkeit und die natürlichen Regungen opferfreudiger Herzen sollen den Denkstein erstehen lassen.

**Scheidt.** Ein französisches Militärauto, das in schnellem Tempo auf der Landstraße von Saarbrücken fuhr, überfuhr an der Ecke bei der Wirtschaft Kühner den Oberlandjäger B., der auf seinem Rad von Scheidt herkam. Der Oberlandjäger B. trug bei

dem Zusammenstoß eine Gehirnerschütterung, einen Beinbruch und sonstige Verletzungen davon, auch einer von den Soldaten wurde schwer verletzt. Am Abend darauf wurde auf der Landstraße in der Nähe unseres Ortes der 45 Jahre alte Arbeiter Joseph Berndt aus St. Ingbert von einem französischen Militärauto überfahren. Der Verunglückte erlitt einen schweren Schädelbruch und trug eine Brustquetschung davon. — Bekanntlich hat das französische Militär im Saargebiet keine Daseinsberechtigung, um so unverschämter und rücksichtsloser benimmt es sich dafür und die Saarregierung sieht keinen Anlaß, dagegen einzuschreiten.

**Hanweiler-Rilchingen.** Die Gemeinde weihte für ihre Gefallenen ein Denkmal. 35 Namen sind in dem massiven Stein eingehauen. Die Feier hatte einen ernsten Charakter. Musikvorträge und Gesangleistungen umrahmten Rezitationen von Paula Bierschowsky. Ein alter Lehrer von 75 Jahren, Marchlewski, übergab das Denkmal der Öffentlichkeit. Wohlthuend waren die Worte von Bürgermeister Günther, Kleinblittersdorf, der darauf hinwies, daß das Denkmal ein Mahnzeichen sein soll für echte Brüderlichkeit hüben und drüben.

**Saarlouis.** Ein Großfeuer entstand vermutlich durch Kurzschluß im nahen Lisdorf im Anwesen von Klein-Bertin. In wenigen Minuten war das ganze Scheunengebäude, das den Brandherd bildete, niedergebrannt. Die Scheune enthielt große Vorräte an Heu und Getreide. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Schaden ist sehr groß und durch die Versicherung nur ungenügend gedeckt. — Im nahen Lisdorf wurde ein 8 Jahre alter Schüler von einem Automobil überfahren und getötet.

**Merzig.** Das in der Kreuzbergstraße gelegene Wohnhaus der Eheleute Quintes-Steinel ging durch Kauf zum Preise von 601 000 Mark in den Besitz des Hüttenarbeiters Herrn Kohn über.

**Sulzbach.** Bei der Versteigerung der Bubenplätze unserer Kirrnes wurde die städtische Summe von 140 950 Mark erzielt gegen 18 000 Mark im Vorjahre.

**Neunkirchen.** Auf Grube „Oberschmelz“ (Hermineischacht) verunglückte während der Frühschicht der 26 Jahre alte Bergmann Otto Madert aus Kirdel durch Herabfallen von Gestein derart schwer, daß der Tod sofort eintrat. Madert war verheiratet und Vater von einem Kinde. — Als sich ein Bergmann spät abends per Rad auf dem Wege nach Heinitz befand, wurde er am Weiler von drei Wegelagerern angehalten. Sie nahmen ihm das Fahrrad gewaltsam fort und verschwanden unerkannt. — Bei einem Einbruchsdiebstahl zum Nachteil eines Dentisten fielen den Tätern Kleidungsstücke und Papiere im Werte von 200 000 M. in die Hände. Auf Grund der polizeilichen Ermittlungen konnte das Diebesgut wieder herbeigeschafft werden. Die Täter sind flüchtig.

**Wieselskirchen.** Verhaftet und den Gerichtsbehörden überliefert wurde ein in der Friedrichstraße wohnender Pensionär, der sich an einem Kinde in sittlicher Beziehung vergangen hat. Eine zweite Verhaftung mußte erfolgen in einem Falle, in dem ein Mann in der Eisenbahnstraße seine Schwägerin vergewaltigte.

**Wellesweiler.** Das in der Fabrikstraße gelegene Wohnhaus nebst Garten und einem dahinter gelegenen größeren Areal Land des Naturheilarztes Moritz ging zum Preis von 15 000 Franken (!) in den Besitz des Lehrers Remy über.

**St. Ingbert.** Beim Verkauf des Wohnhauses der Karmannschen Erben wurde ein Preis von 976 000 M. erzielt. Käufer ist ein Bergmann. — Das neuerrichtete Bezirksgericht St. Ingbert nahm am 1. September d. J. seine Tätigkeit auf. Die Sitzungen finden in St. Ingbert im Bezirksamtsgebäude statt. Im Bedarfsfalle werden auch Sitzungen in Bliestal gehalten. — Das städtische Gewerbegericht St. Ingbert hört damit auf zu bestehen. — Die Fuhrherrschaften vereinigen eine Bekanntmachung, „daß die Mitglieder unter einer Konventionalstrafe von 1000 M. gehalten sind, den hiesigen Bäckern alle Fuhrleistungen an Holz aus dem Walde und Kohlen von der Halbe zu verweigern, solange die Bäckerinnung zum Abfahren von Mehl und Bricketts von der Bahn auswärtige Fuhrwerke heranzieht“.

**Homburg.** Die 30 Jahre alte Maria Münster von hier wurde von dem 14jährigen Banklehrling Agne von Röhshofen an der Röhshofer Straße so unglücklich mit dem Rade angefahren, daß sie nach Ueberbringung in die elterliche Wohnung dortselbst im Laufe des Nachmittags verstarb. — Tödlich verunglückt auf der Grube Frankenholtz ist der 25jährige Bergmann Hermann Zick von Homburg. Er erlitt eine schwere Bauchquetschung, an deren Folgen er verstarb.

**Kirdel-Neuhäusel.** In hiesiger Gemeinde wird zurzeit an der Errichtung einer elektrischen Lichtanlage gearbeitet. Das schon jahrelang vorgesehene Projekt wird jetzt von einer Saarbrücker Firma zur Ausführung gebracht und soll bis 15. Oktober d. J. in Betrieb genommen werden. Die Kosten von ungefähr 4 Millionen Mark, die sich heute auf mehr als das Doppelte belaufen würden, sind vertraglich festgelegt und sollen zum Teil durch Holz aus dem Gemeindewald gedeckt werden.

## Personalnachrichten.

**Direktor Rugener der Burbacher Hütte** hat den Posten eines Generaldirektors der Hagendinger Hütte übernommen.

**Das Fest der goldenen Hochzeit** begingen die Eheleute Philipp Groß in Böllingen.

**Sein 50jähriges Arbeitsjubiläum** feierte Peter Hektor aus Saarlouis 2. Der heute noch sehr rüstige Jubilar ist seit 1872 in dem Feinblechbetrieb der Dillinger Hüttenwerke beschäftigt.

\*

\*

\*

**Todesnachrichten:** Telegraphenleitungs-Aufseher Karl Roth, 45 Jahre; Pensionär Wilhelm Möllinger, 64 Jahre; Frau Emma Schmitt, geb. Ginsberg; Peter Schmitt, 21 Jahre; Agnes Wieland, 42 Jahre; Frau Wwe. Sophie Becker, geb. Göring, 55 Jahre; Wwe. Maria Hertel, Frau des verst. Anstreichermeisters Friedrich Hertel, 79 Jahre; Frau Marie-Catherine Kost; Friedrich Henn; Veteran von 1866, 1870/71, 78 Jahre; Bahnschlosser Wilhelm Hoffmann, 68 Jahre; Johann Schreiner, 63 Jahre; Frau Wwe. Justizrat Maria Vivroug, geb. Weigand, 58 Jahre; Frä.illi Kunz, 23 Jahre; Frau Ludwig Kost, geb. Franziska Denu, 39 Jahre; Frau Katharina Martin, geb. Kraus, 52 Jahre; Frau Paul Lang, Maria Katharina geb. Schantola, 62 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Alwine Laufer, 17 Jahre, Bübingen. — Frä. Maria Gummel, 20 Jahre, Wehrden. — Frau Friedrich Lutter, geb. Fischer, Mitglied des Elisabethen- und Rosenkranzvereins, 60 Jahre, Böllingen. — Lehrerin a. D. Frä. Anna Mathieu, Fraulautern. — Nikolaus Schlichter, 20 Jahre, Beaumarais. — Jakob Gapp, Fischbach. — Frau Karoline Römer, geb. Laubenheimer, 61 Jahre; Christian Schmidt, 59 Jahre, beide in Neunkirchen. — Frau Wilhelmine Hübler, geb. Mannweiler, 30 Jahre, Wiebelskirchen. — Philipp Deffland, St. Ingbert. — Hermann Zid, Homburg. — Rechtsanwalt Heinrich Lehn, Waldböhr.

## Schule und Kirche.

Auf der Tagung der Kreissynode Saarbrücken gab der Vorsitzende, Superintendent D. Kold, in großen Linien einen Überblick über die wichtigen Ereignisse, die im Berichtsjahr für den gesamten deutschen Protestantismus kirchengeschichtliche Bedeutung gewonnen haben: Den Zusammenschluß aller deutschen Landeskirchen zu einem deutsch-evangelischen Kirchenbund und die vorbereitenden Arbeiten für die Neuordnung der preussischen Landeskirche. Die bedeutsamen Ausführungen D. Kolds durchzog ein starker Optimismus und ein treuer Wille zum Festhalten an der Heimatskirche, den auch nicht die mancherlei Nöte beeinträchtigen können, mit denen gerade die evangelischen Saargemeinden auf wirtschaftlichem und geistlichem Gebiet haben kämpfen müssen. Von diesen Nöten mußte der Jahresbericht manch ernstes Bild zeichnen; aber er durfte auch den freudigen Willen betonen, mit dem die Gemeinden die Not bekämpft haben. Es herrschte im vergangenen Jahr in den Gemeinden reges Leben und große Opferwilligkeit. Zu erwähnen ist die Schaffung eines evgl. Jugend- und Wohlfahrtsamtes für die Saargemeinden in Saarbrücken, Gutenbergstraße 18, dem ein Kulturamt für die evgl. Gemeinden an der Saar angegliedert ist. Die Verhandlungen der Kreissynode beschäftigten sich im weiteren u. a. mit der „Bergnügungssucht in Stadt und Land“, wobei Pfarrer Ihme unter anderem die gefährliche Wirkung des Frankens in manchen Kreisen betonte. Er forderte den Protest der Gemeinden gegen die sittlich zerstörenden Vergnügungen in der Öffentlichkeit und regte an, bei der Regierungskommission erneut auf ein Verbot aller Fastnachtvergnügungen zu dringen. — Aus der Statistik ist zu erwähnen: Es sind zu verzeichnen 1622 Tausen (— 78 im Vorjahre); 1600 Konfirmanden (— 56); 884 Trauungen (— 149); 844 Beerdigungen (+ 80); 22 924 Abendmahlsgäste (=); 762 Mischehen (346 davon evangelisch getraut).

**Katholische Gemeinde Neunkirchen.** An die Stelle des zum Pfarrer von Kirchsch bei Mayen berufenen Kaplans Bauer ist der Neupfarrer, Johannes Degen aus Niederbreisig (Rhein) zum Kaplan von Herz-Jesu ernannt worden.

**Eine eigene katholische Kapellengemeinde** ist für den Bereich der Zivilgemeinde Piesbach-Bettstadt errichtet worden. Die Errichtungsurkunde der Kapellengemeinde Köplich der Pfarrei Nalbach, Dekanat Lebach, Kreis Saarlouis, ist in Kraft getreten. Die Grenzen der neuen Kapellengemeinde decken sich mit den Grenzen der gleichnamigen Zivilgemeinde.

**Bestätigte Pfarrerrwahl.** Von der Kirchenregierung der Pfalz wurde die Wahl des Pfarrers Friedrich Karl Albrecht in Bliestal zum Pfarrer in St. Ingbert bestätigt.

**Die katholische Gemeinde Dillingen** hat als dritten Kaplan Herrn Dr. Ludwig, gebürtig aus Hangard bei Neunkirchen, erhalten.

**Synodalnachrichten.** Mit Genehmigung der Evangelischen Kirchenbehörde der Rheinprovinz sind vom 1. April d. J. ab die in den bürgerlichen Gemeinden Tholey und Hasborn wohnenden Evangelischen, die bisher gastweise zur evangelischen Kirchengemeinde Dirmingen, Kreissynode St. Johann, gehörten, in die evang. Kirchengemeinde St. Wendel, Synode St. Wendel, und die in der bürgerlichen Gemeinde Soyweiler wohnenden Evangelischen, die bisher gastweise zur evang. Kirchengemeinde Dirmingen gehörten, in letztere eingepfarrt worden.

her Hilfsgeistlicher in Böllingen, befeh.

**Erstes Jahrbuch der Lehrerkammer des Saargebiets.** Soeben ist das erste „Jahrbuch der Lehrerkammer des Saargebiets“ erschienen. Aus dem überaus reichhaltigen Inhalt seien nur folgende Punkte herausgehoben, die schon für sich allein die Bedeutung des Werkes charakterisieren: Organisationsfragen, Tätigkeit der Kammer, insbesondere ihre Sitzungen und wichtigen Eingaben betr. die Besoldung, Pensionäre, Ortsklassen, Schulaufsicht und Schulleitung, Stellenbesetzung, Beurlaubung, Lehrerbildung usw. usw. Das Buch ist im Verlag der „Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.“, Rathausplatz 5 und Fürstenstraße 5/7, erschienen. Vom 15. September ab kann das Jahrbuch zum Preise von 120 Mark durch den Buchhandel bezogen werden.

## Zoll, Verkehr usw.

### Die unhaltbaren Zollbestimmungen im Saargebiet.

In dem 12. periodischen, von der Regierungskommission an den Völkerbund gerichteten Bericht, in dem Präsident Kaut feststellen zu müssen glaubt, daß man den neugewählten Landesrat nicht zu einem Organ der Zusammenarbeit, sondern zum Organ systematischer Opposition machen wollte, wird es als Aufreizung bezeichnet, daß man in der Bevölkerung die Hoffnung auf Abänderung der Zollbestimmungen erweckt habe.

Dazu bemerkt ein Landratsmitglied in der „Saarbrücker Landeszeitung“, daß es keine Aufreizung bedeutet, wenn man das ausspricht, was heute jeder wirkliche Staatsmann auch auf der Gegenseite erkannt hat, daß gewisse Bestimmungen des Versailler Vertrages den wirtschaftlichen Tod für das Saargebiet bedeuten, andererseits haben die Volksvertreter damit eine Forderung gestellt, zu deren Geltendmachung die Regierung an erster Stelle berufen gewesen wäre. Gerade sie, der es übertragen ist, über die Wohlfahrt der Bevölkerung zu wachen, hätte schon längst beim Völkerbund zum Ausdruck bringen müssen, daß im Interesse der Wohlfahrt der ihr anvertrauten Bevölkerung die Abänderung oder Milderung einer Reihe von Bestimmungen des Versailler Vertrages empfohlen werden müsse. Leider hat die Regierungskommission bisher diese Pflicht versäumt. Man kann aber dem Volk und seinen Vertretern keinen Vorwurf daraus machen, daß es nun selbst das fordert, was zu seinem Besten ist, und man kann nicht verlangen, daß wir ruhig dem kommenden Ruin entgegensehen und nichts zur Abwendung kommenden Unheils tun sollen. Die Saarbevölkerung und ihre Vertreter werden sich hinter die Regierungskommission stellen, sobald ihr die Wohlfahrt der Bevölkerung oberster Grundsatz sein wird, ebenso wie sie sich jetzt hinter die deutschen Reichsminister und den bayerischen Ministerpräsidenten stellt, weil sie erkannt hat, daß diese für ihre Wohlfahrt, ihre Freiheit und ihr Recht eingetreten sind.

### Verlängerung des direkten Zahl- und Postschekverkehrs zwischen Saargebiet und dem Reichspostgebiet.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat den Zeitpunkt bis zu dem die Postanstalten des Saargebietes Einzahlungen mit Zahlkarte auf Postschekkonten in Deutschland anzunehmen und Auszahlungen von Zahlungsanweisungen, die von deutschen Postschekämtern für im Saargebiet ansässige Personen, ausgefertigt sind, zu bewirken haben, durch Verordnung bis zum 1. Oktober d. J. verlängert. Bis zur Aufnahme des Postüberweisungsverkehrs mit Deutschland können alle Inhaber von Konten beim Postschekamt Saarbrücken von ihrem verfügbaren Markguthaben Zahlungen an Kontoinhaber in Deutschland oder an andere Personen in Deutschland, die nicht Inhaber von Konten sind, dergestalt ausführen lassen, daß sie für die betreffenden Zahlungsempfänger Postschek ausgefertigen und diese dem Postschekamt Saarbrücken übersenden. Die Zahlungen finden sodann mittels Zahlkarte oder, falls der Empfänger kein Postschekkonto hat, mittels Postanweisung statt, die beim Postschekamt Saarbrücken ausgefertigt werden und der gewöhnlichen Gebühr für Zahlkarten nach dem Reich oder für Postanweisungen unterliegen.

\*

\*

\*

Der Herr Reichspostminister hat das Postschekamt angewiesen, die Briefe mit den Kontoauszügen an die Postschekkunden im Saargebiet im allgemeinen wöchentlich ein- oder zweimal auszusenden und die Freigegebühr für die Kontoauszüge sowie für andere Sendungen nicht mehr den Postschekkunden anzurechnen, sondern auf die Reichskasse zu übernehmen.

## Für die hungernden Markempfangen im Saargebiet.

Wohltätigkeitskonzert auf der Abtei Treptow-Berlin.

Selten lachte in diesem launigen Sommer die goldene Sonne so freundlich über Berlin als am Nachmittag des 2. September, der Tausende aus allen Teilen Berlins nach der Spreeinsel gelockt hatte, um der Einladung des „Saarvereins“ zu folgen und teilzunehmen an dem Wohltätigkeitskonzert zum Besten der hungernden Markempfangen im Saargebiet. Als ob der Himmel selber ein Erbarmen gehabt mit unseren Brüdern und Schwestern in der Saarheimat, die durch die ruhelose Frankenspolitik der Saarregierung in tiefste Not, in namenloses Elend hineingetrieben wurden.

Schlicht und einfach war die Veranstaltung, wie es der Zeit und dem Zwecke entsprach: Wenn Angehörige eines selbst am Hungertuche nagenden Volkes ihren unter der Fremdherrschaft leujenden Brüdern und Schwestern einen Beweis treuer Liebe und dankbarer Anhänglichkeit geben wollen, dann bedarf es nicht äußerer Prunkes, nicht effekthaschender Aufmachung.

Nachdem die Musikkapelle unter Leitung des Kapellmeisters Winnig eine Reihe klassischer Tonstücke der großen deutschen Meister kunstvoll zu Gehör gebracht hatte, begrüßte Gewerkschaftsleiter Ommert, der Vorsitzende des Fürsorge- und Unterstützungsausschusses des Bundes „Saar-Berein“, die zahlreichen erschienenen Vertreter der Reichs- und Landesbehörden und all die Tausende, die der Einladung des Saarvereins gefolgt waren, um trotz der eigenen Not, an der heute jeder Deutsche übergenug zu tragen hat, ein Scherflein zu spenden zur Unterstützung der armen Sozialrentner, Witwen, Waisen usw. im Saargebiet, deren Not ungleich größer ist als unsere eigene. „Sie alle“, so führte der Redner aus, „haben durch Ihr Erscheinen bewiesen, daß Sie Verständnis haben für die furchtbare Lage unserer Volksgenossen im Saargebiet. Helfen Sie, daß dieses Verständnis in alle Kreise unseres Volkes hineingetragen wird, auch in alle die Kreise unseres Volkes, die es noch immer nicht wissen, was heute im deutschen Saargebiet los ist! Ihnen allen innigen Dank! Der Himmel selbst hat unsern Armen im Saargebiet einen Beweis seiner Teilnahme gegeben dadurch, daß er uns diesen schönen Tag geschenkt hat.“

Den heißen Dank des Saarvereins und auch des notleidenden Saargebiets sprach der Redner sodann dem Berliner Lehrgesangsverein aus, der durch seine bereitwillige Mitwirkung den Beweis echter Vaterlandsliebe gegeben habe, einer Vaterlandsliebe, die nicht in leeren Phrasen aufgehe, sondern zu tatkräftiger Hilfe jederzeit bereit sei.

Als darauf ein Vertreter des Saargebiets im Namen der Notleidenden den zahlreichen Besuchern seinen Dank aussprach, da lag eine atemlose Stille über der zahllosen Menge, und aus manchem Auge stahl sich eine Träne fort, als der Redner von der Not des Saargebietes, wenn auch nur andeutungsweise, sprach. Die kurze Ansprache griff allen Zuhörern um so mehr ans Herz, als sie, ganz ohne allen rethorischen Glanz, warm, herzlich und schlicht das sagte, was das Saargebiet in so schwerer Not dem ebenfalls hartgeprüften deutschen Mutterlande zu sagen hat:

„Heute, wo unser Volk unter dem Versailler Vertrag leidet und jeder durch die gemeinsame Not immer größere Opfer bringen muß, war es ein großes Unterfangen, diese Veranstaltung zu wagen. Es hat sich aber gezeigt, daß trotz der großen Not, die in allen Kreisen des deutschen Muttervolkes herrscht, man dennoch für die besondere Notlage des Saargebietes Verständnis hat. Zu weit würde es führen, wollte ich die Not der Volksgenossen im Saargebiet schildern. Im Reiche selbst herrscht ja eine übergroße Not, wenn diese auch nicht immer vergleichbar ist mit den außerordentlich trüben Verhältnissen im Saargebiet. Wir, in der Südwestdeutsche Deutschlands, sind angewiesen auf die Mithätigkeit der Brüder im Reich. Nicht nur materielle Hilfen tut uns not, viel mehr noch bedürfen wir der moralischen Unterstützung aller Volksgenossen während der hoffentlich nur kurzen Zeit der Fremdherrschaft.“

Wir Deutsche im Saargebiet erwarten von unsern Volksgenossen im Reich, daß sie sich endlich über allen Parteihader und alle Klaffengegensätze hinweg zu einer engen Volksgemeinschaft zusammenschließen, die allein imstande ist, der bedrohten Grenzmark den Rücken zu stärken. Auch der Presse, namentlich der Presse der Reichshauptstadt, erwachsen hier große Aufgaben und heilige Pflichten, Verständnis erwarten wir auch für unsere Lage von den Behörden.

Wir alle, die wir deutsch denken und fühlen, müssen die Not, die über unser Volk hereingebrochen ist, gemeinsam tragen in brüderlicher Einigkeit: Dann zerschellt der Vernichtungswille der Feinde!“

Gewerkschaftsleiter Ommert dankte dem Vertreter des Saargebietes für seine warmen Worte und forderte alle Anwesenden auf, das was wir fühlen und denken für unsere Volksgenossen im Saargebiet und

für unser gemeinsames deutsches Vaterland zusammenzufassen in das deutsche Lied, „Deutschland, Deutschland über alles“! Nicht in krankhaft nationalistischem Sinne, sondern als Ausdruck tiefster Vaterlandsliebe, die sich in gegenseitiger tatkräftiger Hilfsbereitschaft der Volksgenossen untereinander zeigt!

Begeistert sang hierauf die vieltausendköpfige Menge unter den Klängen der Musikkapelle das „Deutschland“-Lied.

Der Berliner Lehrgesangsverein trug sodann eine Reihe stimmungsvoller Gesangstücke vor, die vom Publikum mit immer sich steigendem Applaus aufgenommen wurden.

Namens der Ortsgruppe Berlin des Saarvereins dankte noch Direktor Fett für den zahlreichen Besuch der Veranstaltung und für das Ergebnis der Teller Sammlung, die auf Anregung aus der Versammlung veranstaltet und von recht gutem Erfolg begleitet war.

Durch die Ruinen der altherwürdigen Abtei grüßte bereits die hereinbrechende Nacht, als man sich zum Aufbruch anschickte. Still ging man auseinander nach diesen weihervollen Stunden — die Gedanken manches aus der Heimat Vertriebenen weilten wohl bei den lieben alten Bekannten drunten an der Saar, denen der Nachmittag gegolten.

Noch immer klang mir — wie ein Hoffnungslaut von droben — das Gellert'sche Trostwort in den Ohren, das der Berliner Lehrgesangsverein vorhin in Beethovens gewaltig ergreifender Vertonung so sinnreich dem bedrängten Saargebiet zugerufen: „Nur mir, ruft Gott, sollst du vertrau'n!“

F. H.

## Hoch die Scheib!

(Die Scheiwer Nationalhymne, zu singen nach der bekannten

Weise: „Laßt tönen laut den frohen Sang“.)

Bum Stäänwald bis zur Schbiejerheh  
Do wohnt ä guder Schlag,  
So treff mer ne nor selde meh  
Im Land noch heizedaach.  
Das kommt davon, die wohne do  
So hoch, so frei un licht.  
:: Drum singe die aach schtolz und froh  
Am Ohwend noch der Schicht ::  
Wo gebt's noch Leit so wie mir Scheiwer,  
Hipp, hipp hurra — hipp, hipp hurra!  
So esche Männer noch un Weimer?!  
Hipp, hipp, hurra — hipp, hipp. hurra!“

Grobkörnig sinn die Scheiwerleit,  
So grob wie Scheiwerland,  
Rauh wie de Wind in Winterszeit,  
Denn schwielig is die Hand  
Bum Kumpel un bum Hittemann. —  
Das is ä besdlich Sort,  
:: Wo schaffe un aach trinke kann,  
De Scholz vum Dwerort. ::  
„Mir Scheiwer halle feschd zesamme,  
Hipp, hipp, hurra — hipp, hipp. hurra!  
Un wo mir hienfchlaan, do gebt's Schramme.  
Hipp, hipp, hurra — hipp, hipp. hurra!“

A Scheiwerherz in Ernst un Schbaf  
Trei, deitsch un ehrlich is —  
Mei Kattche, nä, wie lieb ich das!  
Das heirat ich gewiß!  
Mit demm gehn ich schun falsch ä Johr  
Seit unsrer Ietschdi Kerb.  
:: Und fier mei Schaf im helle Hoor.  
Ich läwe dhun un schterb. ::  
„Mei liewes Kattche, das soll läwe!  
Hipp, hipp, hurra — hipp, hipp. hurra!  
Die Schwiijermudder aach danawe!  
Hipp, hipp, hurra — hipp, hipp. hurra!“

Und han aach selbichd mol eischne Rinn  
Am Enn die nätschde Johr,  
Die werre Scheiwer wie ich bin,  
Do sora ich schun desor:  
A Deitscher, der wo schaffe kann  
Un trinke aach sei Hund,  
:: Un noch de Schicht do singt er dann,  
In Leib und Seel gesund: ::  
„Wo gebt's noch Leit so wie mir Scheiwer.  
Hipp, hipp, hurra — hipp, hipp. hurra!  
So esche Männer noch un Weimer?!  
Hipp, hipp, hurra — hipp, hipp. hurra!“

Der Rufang  
(in der „Saar- u. Bliesg.“.)

## Spätsommer.

Stiller wird der Sommer nun,  
Und es reift die Frucht am Baum,  
Ach, nach kurzem Liebestraum  
Dieses tiefe Ruhn!

Dieses Ruhn in Licht und Glanz,  
Fern dem Spiel und lautem Tanz,  
Fühlend, wie ein Glück verweht,  
Wie ein neues Glück ersteht.

(Aus Martin Boelitz, Hundert Gedichte.)



## Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Die Gründung einer Landesgruppe des Bundes „Saar-Verein“ für Ostpreußen kann nunmehr als in die Wege geleitet betrachtet werden, nachdem diesbezügliche Verhandlungen mit alten Saarländern Anfang September in Königsberg i. Pr. gepflogen worden sind. Im Anschluß an eine Vortragsreise in Ostpreußen, auf welcher der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel, in Cranz, Wehlau, Preußisch-Eylau und in Bartenstein über „Das Saargebiet unter französischer Fremdherrschaft“ sprach — alle Versammlungen erfreuten sich eines sehr starken Besuches und des lebhaften Interesses der Ostpreußen —, wurde in Königsberg selbst am 6. d. Mts. der vorläufige Vorstand für die neue Ortsgruppe gewählt. Die Hauptaufgabe der ostpreussischen Landesgruppe des Bundes „Saar-Verein“ soll darin bestehen, die Landesgruppe mit dem Sitz in Königsberg so auszubauen, daß in allen größeren Städten Ostpreußens Vertrauensmänner und Freunde für den Bund „Saar-Verein“ gewonnen und als Mitglieder der Landesgruppe in Königsberg angeschlossen werden. Der Ostdeutsche Heimatdienst, die Arbeitsgemeinschaft und andere vaterländische Organisationen, für welche jegliche Parteipolitik und konfessionelle Fragen grundsätzlich ausgeschlossen sind, haben sich mit in den Dienst der guten Sache gestellt und sich bereit erklärt, die ostpreussische Landesgruppe des Bundes „Saar-Verein“ in Königsberg mit allen Kräften zu unterstützen. Durch die Vortragsreise des Verwaltungsdirektors Vogel sind aber die Vorarbeiten zum großen Teil bereits geleistet worden, denn mit großem Interesse haben die zahlreichen Zuhörer in den genannten Städten seine Ausführungen über die Not der treudeutschen Saarbevölkerung angehört und verfolgt. In seinen Vorträgen gab Verwaltungsdirektor Vogel zunächst eine klare Darstellung von dem Kampfe um die Deutscherhaltung des Saargebietes unmittelbar nach der Besetzung, indem er darauf hinwies, wie schon im Dezember 1918 im Auftrage von Tausenden von wahlfähigen Einwohnern des Stadt- und Landkreises Saarbrücken eine Adresse an Wilson gesandt worden sei, um den Andeutungen französischer Zeitungen von den Annexionsabsichten auf das Saargebiet damals schon mit allen Mitteln entgegenzutreten zu können. Er schilderte dann die Verhandlungen Ende März 1919 in Paris, bei welchen Wilson und Lloyd George den Ansprüchen Frankreichs auf das deutsche Saargebiet energischsten Widerstand entgegengebracht hatten. Er ging dann auf die ungeheuerliche Lügenpolitik Clemenceaus näher ein, welcher durch unerhörte List und strupellose Täuschung Wilson und Lloyd George von ihrem Standpunkt dadurch abgebracht hätte, daß er behauptete, 1815 habe man im Saargebiet die Trennung von Frankreich mit Schmerz empfunden, 1918 seien die französischen Truppen mit Jubel begrüßt worden und Anfang des 19. Jahrhunderts sei das Saargebiet französisch gewesen. Die ungeheuerlichste Lüge, die für das Saargebiet verhängnisvoll geworden sei, sei aber die Behauptung Clemenceaus gewesen, im Saargebiet habe es vor der Besetzung 150 000 Einwohner gegeben, die Franzosen seien und die 1918 an Präsident Poincaré eine Adresse mit der Bitte um Wiedervereinigung mit Frankreich gerichtet hätten. Im einzelnen wurden all diese Lügen widerlegt und als das, was sie wirklich bedeuten, hingestellt, als gräßliche Täuschungen, als Lüge und Trug. Nur auf Grund dieser raffinierten Täuschung hätten sich schließlich Wilson und Lloyd Georges veranlaßt gesehen, das heutige Geschick des Saargebietes durch das Nachgeben auf die französischen Forderungen zu besiegeln. Der Redner kam dann auf die sogenannten historischen Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet zu sprechen, indem er den geschichtlichen Nach-

weis dafür erbrachte, daß das Saargebiet und seine Bevölkerung nicht nur niemals französisch gewesen seien, sondern stets, wie auch heute noch, von Frankreich nichts haben wissen wollen. Nach den Ausführungen über die geschichtliche Entwicklung des Saargebietes schilderte Redner die wirtschaftliche Bedeutung, indem er auch hier immer wieder betonte, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Saargebietes besonders unter der preussischen Verwaltung ungeahnte Fortschritte genommen hätte. Sodann schilderte der Vortragende die Leiden der Saarbevölkerung seit der Besetzung des Saargebietes unter der französischen Militärgewaltherrschaft, um dann die Tätigkeit des Treuhänders des Völkerbundes, der Saarregierungs-kommission, einer scharfen Kritik zu unterziehen. Die wirtschaftliche Umstellung im Saargebiet sei durch fast völlige Abschneidung dieses ferndeutschen Landes von seinem Mutterlande beinahe vollendet und werde ganz gewiß im Jahre 1925 durch Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zollgebiet endgültige Tatkache werden. Die verheerende Frankopolitik in Verbindung mit der Kohlepolitik habe mit dem gleichen Endziel das Wirtschaftsleben an der Saar bedenklich unterhöhlt. Mit den Saargruben habe Frankreich die wirtschaftliche Macht des Saargebietes in die Hände bekommen und dadurch auch die politische Macht an sich gerissen, die auf völlige Annexion des Saargebietes hinauslaufe. Er kam dann weiter auf die Massen- und Einzelausweisungen solcher Personen zu sprechen, die sich gegen die gesetz- und rechtswidrigen Maßnahmen der französischen Militärbehörden und später der Saarregierung gewehrt hätten, welche ein schlagender Beweis dafür seien, daß man die deutsche Bevölkerung des Saargebietes zermürben und widerstandslos machen wolle. Die skandalöse Wohnungspolitik der Saarregierungs-kommission sowie die zahlreichen sonstigen Verletzungen der Versailler Bestimmungen über das Saarbeden setzte Redner dann ins richtige Licht, um dann auch die rückwärts-lose französische Propagandatätigkeit und die Tatkache, daß Frankreich im Saargebiet eine französische Propaganda-stelle unterhalte, gebührend zu kennzeichnen. Zum Schluß seiner Ausführungen bezeichnete dann Verwaltungsdirektor Vogel das Ergebnis der Wahlen für den Landesrat als die tatsächliche Abstimmung der Saarbevölkerung, die damit zum Ausdruck brachte, daß sie unbedingt deutsch sei und deutsch bleiben wolle. Er wies dabei auf einen Artikel in der französischen Zeitung „L'Eclair“ hin, in welchem auch der Franzose Darriac selbst zugibt, daß die Wahlen für den Landesrat eine Volksabstimmung seien, zu der die Franzosen sich herbeigelassen hätten. Der Franzose sagt wörtlich: „Wenn die Volksabstimmung gut ausfällt, wird ein Erfolg; wenn aber die Kandidaten Deutschlands siegen, welche Enttäuschung. Das ist leider eingetroffen, wir sind auf einen Stieb geschlagen worden.“ Damit wird also auch französischerseits zugegeben, daß die für das Jahr 1935 vorgesehene Volksabstimmung im Saargebiet bereits zugunsten des Deutschen Reiches entschieden worden ist, indem der Ausfall der Wahlen zur Genüge zeigt, daß mit einer ganz verschwindenden Minderheit, die aus Französlingen und sonstigen fragwürdigen Elementen sich zusammensetzt, die gesamte Bevölkerung an der Saar sich für die Wiedervereinigung mit dem Mutterlande Deutschland klar, deutlich und bestimmt ausgesprochen hat. Nachdem Redner dann in eingehender Weise die Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“ und seiner Ortsgruppen gekennzeichnet hatte, erinnerte er an die Rathenauschen Worte in der denkwürdigen Reichstagsitzung am 21. Juni d. Js., daß die Reichsregierung und die Öffentlichkeit aus dem Saarbeden immer wieder ihre Beweise fester deutscher Gesinnung erhalte und daß die Deutschen an der Saar dem ganzen deutschen Volk Vorbild und Muster seien. Deshalb heiße es aber auch für alle deutschen Männer und Frauen, dem Saargebiet und seiner treudeutschen Bevölkerung Treue um Treue zu halten und die Organisation des Bundes „Saar-Verein“ so auszubauen, daß sie ihr Ziel durchführen kann, nämlich das ganze deutsche Volk in den Dienst im Kampf um das Saargebiet zu stellen.

**Saar-Verein Kassel.** In der Monatsitzung vom 4. September wurde beschlossen: 1. Jedes Mitglied leistet dem Bund „Saar-Verein“ den dringend nötigen Zuschuß von 15 M. für das letzte Vierteljahr 1922. Dieser Betrag ist möglichst bald auf unser Guthaben bei der Dresdner Bank in Kassel einzuzahlen. Die neuen Mitglieder sind von dieser Nachforderung befreit. 2. In der Sitzung vom 4. Dezember soll darüber beschlossen werden, welchen Jahresbeitrag unsere Mitglieder für 1923 zu leisten haben. 3. Für den Verein wird ein „Saar-Kalender 1923“ angeschafft.

Der „Saar-Verein Siegerland“, Landesgruppe des Bundes Saarverein, hat durch seinen vorläufigen Vorstand und den Arbeitsausschuß für Sonnabend, den 16. September d. J., im Langenbachschen Saale zu Siegen zu einer großen Kundgebung für das treudeutsche Saargebiet aufgefördert. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Schmerzliche Verluste an Land, Volk und Gut hat unser deutsches Vaterland seit dem unseligen Friedensdiktat von Versailles erleiden müssen. Unterdrückung, Rechtlosigkeit, Vergewaltigung und Elend sind die Folgen für die Saarbewohner, die ohne Unterschied der Partei, der Religion und des Standes wiederholt Einspruch gegen die französischen Machenschaften erhoben haben. Der Ruf: „Vergeht das deutsche Saargebiet nicht!“ darf auch im Siegerland nicht ungehört verhallen. Der Bund „Saar-Verein“ mit seinen zahlreichen Ortsgruppen in ganz Deutschland will uns mit den Kämpfen und Nöten der Saarbewohner vertraut machen. Ueber „Das Saargebiet, seine Geschichte und wirtschaftliche Bedeutung, sowie seine Not unter französischer Fremdherrschaft“ wird Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin sprechen, über „Der Kampf der deutschen Arbeiter an der Saar gegen die französische Gewaltherrschaft“ Gewerkschaftssekretär Karl Emmert-Berlin. Die Sache des Bundes „Saar-Verein“ muß Sache des deutschen Volkes werden. Unsere Landsleute an der Saar sollen wissen, daß auch das Siegerland ihrer gedankt und bereit ist, sie in ihrem Kampfe um die Heimat zu unterstützen.“

Ueber den Verlauf dieser großen Kundgebung im Siegerland werden wir in der nächsten Nummer berichten.

**Saar-Verein, Ortsgruppe Dortmund.** In der ordentlichen Monatsversammlung vom 10. September d. J. wurde beschlossen, infolge Erhöhung des Bezugspreises des „Saarfreund“ und der in Aussicht stehenden weiteren Steigerung der Postgebühren den Mitgliederbeitrag ab 1. 10. 22 auf 25 M. vierteljährlich einschl. Bezugsgebühr für den „Saarfreund“ zu erhöhen. Diejenigen außerhalb Dortmunds wohnenden Ortsgruppenmitglieder, die sich die Vereinszeitung selbst bestellen, haben indessen vom gleichen Zeitpunkte ab nur 10 M. je Vierteljahr zu entrichten. Der Jahresbeitrag für körperlich aktive Mitglieder wurde auf 200 M. festgesetzt. Auf den am 17. September d. J., 8 Uhr abends, im Restaurant „zum Biedermeier“, Westenhellweg, stattfindenden Lichtbildervortrag über „Das Saargebiet“, zu dem alle Freunde der Saarsache freien Zutritt haben, wird nochmals besonders hingewiesen.

**Der Bund „Saar-Verein“, Ortsgruppe Idern,** veranstaltet am 8. Oktober d. J. ein Wohltätigkeitskonzert, bei welchem ein auswärtiger Redner, den der Bund „Saar-Verein“ zur Verfügung stellt, einen Lichtbildervortrag über „Das Saargebiet in Wort und Bild“ halten wird. Alles Nähere wird von der Ortsgruppe Idern rechtzeitig bekanntgegeben werden. Auch an dieser Stelle möge der Besuch des Wohltätigkeitskonzerts auf das wärmste empfohlen sein.

**Der Bund „Saar-Verein“, Ortsgruppe Bottrop,** veranstaltet am 8. Oktober d. J. eine große Kundgebung gegen die Vergewaltigungspolitik des Saargebietes, für welche die Vorarbeiten jetzt schon eingeleitet sind und einen recht guten Erfolg versprechen. Alles Nähere wird von der Ortsgruppe Bottrop in Bottrop selbst rechtzeitig bekanntgegeben werden.

**Thea Vossieck**  
**Theodor Ewald Vogel**

Oberleutnant zur See

Verlobte

Katernberg,  
Kreis Essen

Swinemünde,  
Küstenwehrabteilung I  
3. St. Berlin SW. 11,  
Königgräber Straße 94

Soeben erschien:

## Der Saarkalender für 1923.

Gedenk- und Nachschlagebuch für alle Saarländer.

— Geschichte des Saarreviers. — Ernste und humoristische Schilderungen der heutigen Wirtschaftslage.

— Neue Lebenswunder in den Wetterfäulnissen der Saargruben. — Benediktinerabtei Mettlach. — Die Heckerfahne des 48er Turnvereins. — Ausgrabungen im Saarrevier. — Zeittafel von 600—1200.

— Saarländische Anekdoten, Witze usw. — Beiträge von P. Keller, W. Bloem, Lisbet Dill usw.

Der Saarkalender ist ein Handbuch von dauerndem Wert für Kind und Kindeskind.

Preis 75 Mark ausschließlich Tenerungszuschlag.

Zu beziehen durch Vermittlung des „Saar-Verein“.

## Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 182-183 Friedrichsplatz 12 Telefon 182-183

Telegramm-Adresse: „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz für Auslandsschäden gegebenen

## Reichsschatzwechsel

zu kulantem Bedingungen.

Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und Fälligkeiten erforderlich.

## Bund „Saar-Verein“ / Ortsgruppe Berlin

Seit einiger Zeit besteht ein

## Saarländer Stammtisch

im „Klausner“, Berlin W., Krausenstraße 64.

Allwöchentlich Donnerstags abends treffen sich hier Saarbrücker und alle sonstigen dem Saargebiet nahestehenden Persönlichkeiten

„am runden Tisch“ hinne in der hinnerst Stubbe im Ecke.“